

# Stabilisierung und Rezession

Die Wirtschaft der früheren RGW-Länder und Jugoslawiens 1990/91

**D**ieser Bericht wurde im Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) verfaßt. Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf offizielle Statistiken der einzelnen Länder sowie auf Schätzungen des WIIW. Die Angaben für 1990 sind vorläufig.

Nachdem 1989 die Wirtschaft der gesamten Region (Osteuropas, der UdSSR und Jugoslawiens) noch leicht gewachsen war, gingen 1990 in allen Ländern die wirtschaftlichen Aktivitäten zurück. In Osteuropa (einschließlich Ostdeutschland) ist das Sozialprodukt um mindestens 11% gesunken, die UdSSR und Jugoslawien berichten Rückgänge um 4% bzw. um 7% bis 10%. Die Industrieproduktion ist generell sogar noch stärker gesunken. In der gesamten Region nahm auch die Agrarproduktion um rund 3% ab; die Ursachen dafür lagen vor allem in der Pflanzenproduktion, die in allen Ländern (ausgenommen Polen) rückläufig war. In allen Ländern stieg die Arbeitslosigkeit, aber der Rückgang der Beschäftigung fiel schwächer als der Rückgang der Produktion aus; die Produktivität nahm weiter ab. Dadurch wuchsen die traditionellen Beschäftigungsüberhänge im staatlichen Sektor — ein Zeichen für den bisher nur schwachen Strukturwandel.

Die Rezession wurde vor allem von Veränderungen des Wirtschaftssystems beeinflusst, von Auswirkungen des schrumpfenden Intra-RGW-Handels und, vor allem im 2. Halbjahr, von der Golfkrise. Mit Ausnahme der UdSSR, Bulgariens und Rumäniens forcierten bzw. begannen alle Länder den Übergang zur Marktwirtschaft. In diesem Rahmen bewirkte eine restriktive Finanz-, Geld- und Lohnpolitik

**1990 gingen die wirtschaftlichen Aktivitäten, hauptsächlich im Staatssektor, beträchtlich zurück. In jenen Ländern, die bereits im vergangenen Jahr die ersten Schritte zum Übergang zur Marktwirtschaft gesetzt hatten, wurde die Rezession vorwiegend durch eine Reduzierung der inländischen Nachfrage infolge staatlicher Stabilisierungspolitik verursacht. Da sie auch 1991 beibehalten werden muß, wird die Wirtschaft weiter schrumpfen. In den übrigen Ländern spielten wachsende Probleme in der Versorgung mit Rohstoffen und Energie die entscheidende Rolle. Auch hier steht eine weitere Rezession begleitet von hoher Arbeitslosigkeit — nun aber wegen des Übergangs zur Marktwirtschaft — bevor. Die gesamte Region wird im laufenden Jahr unter dem Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels sowie unter externen Finanzierungsengpässen leiden.**

eine rückläufige Inlandsnachfrage von privaten Haushalten, Unternehmen und Staat und trug damit zur Rezession bei. Zwar blühte nach Beseitigung vieler diskriminierender Bestimmungen die private Wirtschaft auf, und ihr Anteil am Sozialprodukt nahm zu, doch angesichts des niedrigen Ausgangsniveaus konnten die Produktionsrückgänge im staatlichen Sektor nicht ausgeglichen werden. Mit Ausnahme Ungarns und Ostdeutschlands war auch ein großer Teil privatwirtschaftlicher Aktivitäten mit Spekulation oder mit Nebentätigkeiten verbunden, die einen nur geringen Investitionsaufwand erfordern. Außer in Bulgarien, Rumänien und der UdSSR wurden die gesetzlichen Grundlagen für die Privatisierung geschaffen, aber politische und fachliche Auseinandersetzungen über Umfang und Wege derselben verzöger-

ten den Privatisierungsprozeß. Lediglich in Ostdeutschland wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 1 000 von rund 10 000 Staatsbetrieben an Private verkauft.

In Polen wurde außerdem eine begrenzte Inländerkonvertibilität des Zloty eingeführt und die Währung um 50%, auf ein Niveau von 9 500 Zloty je Dollar, abgewertet. Insgesamt schoß die Konsolidierungspolitik weit über die mit dem IMF vereinbarten Ziele hinaus, sodaß dadurch die Rezession beschleunigt wurde. Mitte des Jahres wurde die Konsolidierungspolitik deshalb wieder etwas gelockert. Ein ähnliches Stabilisierungsprogramm versuchte die jugoslawische Regierung durchzuführen, wobei aber die Abwertung des Dinar sehr schwach ausfiel. Die politischen Unstimmigkeiten zwischen den Republiken beeinträchtigten jedoch in der zweiten Jahreshälfte die Stabilisierungspolitik so kräftig, daß viele Konsolidierungserfolge des 1. Halbjahres zunichte gemacht wurden. Ostdeutschland führte mit 1. Juli 1990 nicht nur die DM als alleiniges Zahlungsmittel, sondern mit der Währungs- und Wirtschaftsunion auch ein umfangreiches Paket von Wirtschaftsgesetzen der Bundesrepublik Deutschland ein. Der Umtauschkurs von im Durchschnitt 1,83 Mark für 1 DM bedeutete faktisch eine reale Überbewertung der ostdeutschen Wirtschaftsaktivitäten. Ungarn, das bereits seit mehreren Jahren dem Reformweg folgt, ergriff zwar keine spektakulären Maßnahmen, setzte aber die von der einst sozialistischen Regierung eingeleitete ungarische Ordnungspolitik nach dem Regierungswechsel durch weitere Preisliberalisierungen, Subventionskürzungen, Importliberalisierungen u. ä. fort.

Wirtschaftsentwicklung im RGW-Raum und in Jugoslawien **Übersicht 1**

	1986	1987	1988	1989	1990 ist
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<b>Nationalprodukt<sup>1)</sup></b>					
Osteuropa <sup>2)</sup>	+ 4,5	+3,3	+3,0	-0,0	-11,3
UdSSR	+ 2,3	+1,6	+4,4	+2,4	- 4,0
RGW <sup>2)</sup>	+ 2,9	+2,1	+4,0	+1,7	- 6,0
Jugoslawien	+ 3,5	-1,2	-1,8	+0,8	-10 bis -7 <sup>3)</sup>
RGW und Jugoslawien <sup>2)</sup>	+ 2,9	+1,9	+3,8	+1,7	- 6,1
<b>Industrieproduktion</b>					
Osteuropa <sup>2)</sup>	+ 4,4	+3,2	+3,5	+0,4	-17,8
UdSSR	+ 4,4	+3,8	+3,9	+1,7	- 1,2
RGW <sup>2)</sup>	+ 4,4	+3,6	+3,8	+1,3	- 5,8
Jugoslawien	+ 3,9	+0,8	-0,7	+0,9	-10,8
RGW und Jugoslawien <sup>2)</sup>	+ 4,4	+3,5	+3,6	+1,3	- 6,0
<b>Landwirtschaft</b>					
Osteuropa <sup>2)</sup>	+ 5,7	-0,8	+1,7	-0,2	- 3,2 <sup>4)</sup>
UdSSR	+ 5,3	-0,6	+1,7	+1,3	- 2,3
RGW <sup>2)</sup>	+ 5,4	-0,7	+1,7	+0,8	- 2,6 <sup>4)</sup>
Jugoslawien	+11,1	-4,4	-3,6	+5,0	- 7,0
RGW und Jugoslawien <sup>2)</sup>	+ 5,7	-0,8	+1,5	+0,9	- 2,8 <sup>4)</sup>
<b>Bruttoinvestitionen</b>					
Osteuropa <sup>2)</sup>	+ 3,9	+5,0	+3,0	-1,2	-12,0 <sup>5)</sup>
UdSSR	+ 8,3	+5,7	+6,2	+4,7	- 8,7
RGW <sup>2)</sup>	+ 7,3	+5,5	+5,5	+3,4	- 9,6 <sup>5)</sup>
Jugoslawien	+ 3,5	-5,2	-5,8	+0,8	- 7,0
RGW und Jugoslawien <sup>2)</sup>	+ 7,1	+5,2	+5,2	+3,3	- 9,4 <sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Netto-Materialprodukt — <sup>2)</sup> WIIW-Schätzung — <sup>3)</sup> BSP — <sup>4)</sup> Ohne Ostdeutschland — <sup>5)</sup> Ohne Bulgarien

Die neue tschechoslowakische Regierung entschied sich für einen schnellen Übergang zur Marktwirtschaft ab Anfang 1991, strebt aber bereits 1990 durch eine restriktive Fiskal- und Geldpolitik eine Konsolidierung der Wirtschaft an

Bulgarien, Rumänien und die UdSSR bildeten 1990 eine Gruppe von Ländern, in denen zwar das alte System der Pläne und Befehle zerbrach, aber keine neuen wirksamen Instrumente an seine Stelle traten. Die UdSSR und Rumänien entschieden nicht über ein Konzept des Systemwandels, Bulgarien erst gegen Ende des Jahres, nachdem auch die demokratische Opposition in die Regierung aufgenommen worden war. In diesen Ländern haben vor allem sowohl Schwierigkeiten in der Versorgung mit Rohstoffen und Energie sowie mit Devisen als auch Streiks und allgemeines Chaos den Produktionsrückgang verursacht.

Die rezessiven Auswirkungen der wirtschafts- und ordnungspolitischen Maßnahmen wurden im 2. Halbjahr durch wachsende Engpässe in der Energieversorgung verstärkt. Sie wurden durch Ausfälle sowjetischer Erdöllieferungen sowie die Golfkrise ausgelöst. Die Erdöllieferungen der UdSSR an die anderen RGW-Länder verringerten sich 1990 um gut ein

Drittel. Ausfälle wurden auch durch das Embargo gegenüber dem Irak bewirkt, da einige Länder mit dem Irak Erdöl-Barterverträge hatten. Zusätzliches Erdöl mußte daher zu Spotmarktpreisen importiert werden (im Oktober erreichte der Erdölpreis mit 41 \$ je Barrel sein höchstes Niveau). In Polen und Jugoslawien trug die Verteuerung von Erdöl über ein bereits weitgehend flexibles Preissystem zur Inflation bei. In Ungarn mündeten Benzinpreissteigerungen in soziale Unruhen (Streik der Taxifahrer).

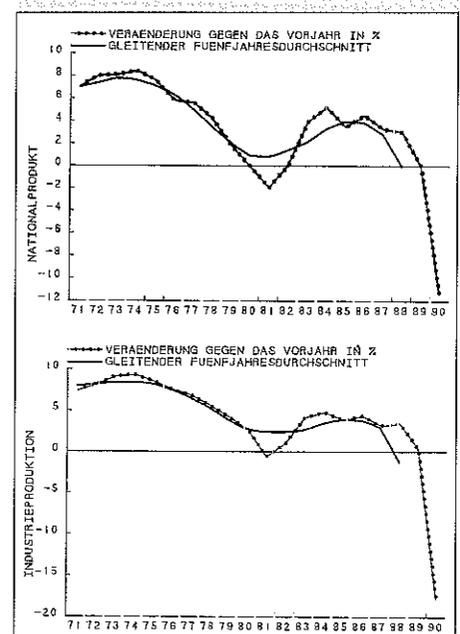
Trotz einer rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage stiegen die Preise. Ursachen dafür sind — je nach Land — nicht nur Kostensteigerungen (Abwertungen, höhere Löhne und Erdölpreise), sondern auch die zunehmende Nachfrage (des Auslands und des Staatshaushaltes) und Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte. In Jugoslawien, aber auch in Polen wurde Mitte des Jahres die Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik gelockert, sodaß die Inflation, die bereits auf ein sehr niedriges Monatsniveau (Polen 1,8% im August, Jugoslawien -0,3 im Juni) gesunken war, sich in der zweiten Jahreshälfte wieder beschleunigte. In Polen und Ungarn trugen auch hohe Außenhandelsüberschüsse zur Inflation bei. In Bulgarien, der ČSFR, Rumänien und der UdSSR

blieben die meisten Preise behördlich fixiert. In diesen Ländern (mit Ausnahme der ČSFR) nahm die zurückgestaute Inflation verursacht vor allem durch das wachsende Defizit im Staatshaushalt, zu. In der ČSFR wurden die Lebensmittelpreise — in Vorbereitung der für Jänner 1991 geplanten allgemeinen Preisliberalisierung — behördlich erhöht.

Polen, Ungarn und die ČSFR beseitigten ihr Defizit im Staatshaushalt vor allem durch rigoros gekürzte Preisstützungen. In Polen, wo das Defizit 1989 noch rund 8% bis 10% des BIP betragen hatte, wirkte sich diese Maßnahme am nachhaltigsten auf Gesamtnachfrage und Produktion aus. In Bulgarien dürfte sich das Defizit auf rund 7% bis 8% des BIP verdoppelt haben. Das Defizit der UdSSR scheint höher als offiziell berichtet (6,5% des BSP) zu sein.

Von den Investitionen gingen auch 1990 relativ wenig direkte inflationäre Effekte aus, obwohl die Investitionsstruktur ungünstig blieb und damit indirekt Ungleichgewichte verursachte — vor allem dann, wenn die vor Jahren begonnenen, wenig effizienten Projekte fortgesetzt wurden. Die Investitionen des staatlichen Sektors sanken oder stagnierten (ČSFR) in allen Ländern. In der UdSSR, in Rumänien, Ungarn und Ostdeutschland trugen sie die Hauptlast des Schrumpfungsprozesses, in den anderen Ländern sank der private Konsum stärker.

Wirtschaftsentwicklung **Abbildung 1** in Osteuropa



**Außenhandel der RGW-Länder und Jugoslawiens mit den westlichen Industrieländern**

**Übersicht 2**

	1980	1985	1988	1989	1990 <sup>1)</sup>
	Mill. \$				
<b>Bulgarien</b>					
Exporte	1 639	1 136	1 111	1 164	1 018
Importe	1 662	2 080	2 582	2 537	1 881
Saldo	- 22	- 944	- 1 471	- 1 373	- 863
<b>ČSFR</b>					
Exporte	3 240	2 763	4 062	4 501	5 085
Importe	3 691	2 699	4 500	4 430	5 653
Saldo	- 451	+ 64	- 438	+ 71	- 568
<b>DDR<sup>2)</sup> bzw Ostdeutschland</b>					
Exporte	4 173	7 595	8 564	8 407	4 590
Importe	5 815	6 703	8 894	9 439	4 300
Saldo	- 1 642	+ 893	- 330	- 1 032	+ 290
<b>Polen</b>					
Exporte	5 849	3 982	6 077	6 611	8 600
Importe	6 691	3 494	5 617	5 451	5 600
Saldo	- 842	+ 488	+ 460	+ 1 160	+ 3 000
<b>Rumänien<sup>3)</sup></b>					
Exporte	3 957	3 773	4 020	3 880	2 400
Importe	3 961	1 470	1 270	1 220	2 300
Saldo	- 4	+ 2 303	+ 2 750	+ 2 660	+ 100
<b>Ungarn</b>					
Exporte	3 046	2 629	4 043	4 253	5 134
Importe	3 714	3 170	4 084	4 397	4 557
Saldo	- 668	- 541	- 41	- 144	+ 577
<b>Osteuropa<sup>4)</sup></b>					
Exporte	21 904	21 879	27 877	28 816	26 827
Importe	25 534	19 615	26 947	27 474	24 291
Saldo	- 3 630	+ 2 263	+ 930	+ 1 342	+ 2 536
<b>UdSSR</b>					
Exporte	24 431	22 319	24 158	26 060	29 744
Importe	24 228	23 105	26 907	32 613	34 530
Saldo	+ 203	- 785	- 2 749	- 6 553	- 4 786
<b>RGW<sup>2)</sup></b>					
Exporte	46 335	44 198	52 035	54 876	56 571
Importe	49 782	42 720	53 854	60 087	58 821
Saldo	- 3 427	+ 1 478	- 1 819	- 5 212	- 2 250
<b>Jugoslawien<sup>4)</sup></b>					
Exporte	3 357	3 715	6 483	6 917	12 254
Importe	7 955	5 733	7 385	8 118	14 756
Saldo	- 4 598	- 2 018	- 902	- 1 201	- 2 502
<b>RGW und Jugoslawien<sup>2)</sup></b>					
Exporte	49 692	47 913	58 518	61 793	68 825
Importe	57 716	48 453	61 239	68 205	73 577
Saldo	- 8 024	- 540	- 2 721	- 6 412	- 4 752

<sup>1)</sup> Schätzung. — <sup>2)</sup> 1990 ohne innerdeutschen Handel — <sup>3)</sup> 1988 1989 und 1990 Angaben der OECD — <sup>4)</sup> Seit 1985 mit dem laufenden Dollar-Dinar-Wechselkurs berechnet

Ebenso zeigen die verschiedenen Wirtschaftsindikatoren eine Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung an. Einige Länder (ČSFR, Ungarn und Jugoslawien), in denen die Reallohne sanken, konnten durch Einkommen aus der Schattenwirtschaft oder durch Entsparen einen entsprechenden Rückgang des Konsums verhindern. Es kam auch zu zusätzlichen privaten Konsumgüterimporten. Lediglich in Ostdeutschland ermöglichten die Umrechnung der Löhne und Gehälter in DM im Verhältnis 1 : 1 nachfolgende Lohnsteigerungen und der außerordentliche Nachholbedarf der Haushalte einen temporären Anstieg des privaten Konsums.

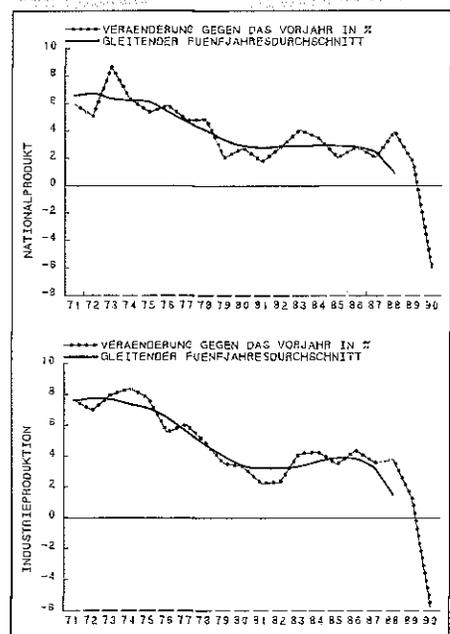
Insgesamt ging in der gesamten Region das Defizit im *Westhandel* 1990 von 6,4 Mrd. \$ auf 5,7 Mrd. \$ zurück. Ohne Berücksichtigung der

DDR allerdings, in der die Währungs- und Wirtschaftsunion einen raschen Rückgang der Importe aus den westlichen Ländern (ohne Westdeutschland) bewirkte, nahm das Defizit von 5,4 Mrd. \$ auf 6 Mrd. \$ zu, obwohl sich der Westexport allgemein erstaunlich kräftig ausweitete, vor allem im III. und IV. Quartal. Die Zuwachsrate der Einfuhr war jedoch höher. Zur drastischen Verschlechterung der Handelsbilanz trugen in Jugoslawien der überbewertete Dinar bei in Rumänien eine Lockerung der Importrestriktionen und eine Verschärfung der Ausfuhrbeschränkungen. Polens und Ungarns Handelsbilanz verbesserte sich dagegen unerwartet, weil die Exporte in den Westen deutlich wuchsen. In Polen suchten die Unternehmen nach dem unerwarteten Verfall der Inlandsnachfrage dringend nach

neuen Exportmöglichkeiten; zumindest in der ersten Hälfte des Jahres erhöhte der unterbewertete Zloty ihre Wettbewerbsfähigkeit. In Ungarn waren viele Unternehmen, die vorher den sowjetischen Markt beliefert hatten, nach der Einführung behördlicher Ausfuhrbeschränkungen in der Lage, im Westen neue Märkte zu finden. Nach Schätzung des *WIIW* wuchs die *Nettoverschuldung* von 117 Mrd. \$ 1989 auf etwa 134 Mrd. \$ Ende 1990 (allerdings gingen davon rund 8 Mrd. \$ auf die Dollarabwertung zurück). Die *Bruttoverschuldung* stieg lediglich um etwa 8 Mrd. \$ (auf 157 Mrd. \$, zu konstantem Dollarwechsellkurs nahm sie sogar ab), weil die westlichen Banken ihre Kreditvergabe (vor allem für kurzfristige Kredite) reduzierten und die UdSSR, Bulgarien, Rumänien und die ČSFR ihre *Auslandsreserven* verringerten. Die Reserven der gesamten Region sanken von rund 32 Mrd. \$ auf 23 Mrd. \$, die der UdSSR allein von 15 Mrd. \$ auf 5 Mrd. \$ (die Reserven Polens und Ungarns wuchsen).

Der Handel der *UdSSR mit Osteuropa und Jugoslawien* nahm 1990 ab, vor allem der Export ging deutlich zurück. Kürzungen der Erdöllieferungen vergrößerten das Handelsbilanzdefizit der UdSSR mit der Region außerordentlich. Dadurch wurde ein Teil des erst 1991 erwarteten „Importchocks“, ausgelöst durch den Übergang zur Hartwährungsverrechnung im Handel für die osteuropäischen

**Wirtschaftsentwicklung Abbildung 2 im RGW-Raum**



## Verschuldung der RGW-Länder und Jugoslawiens

Übersicht 3

In konvertibler Währung

	1986	1987	1988	1989	1990 <sup>1)</sup>
	Mrd. \$ zu laufenden Preisen				
Bulgarien					
Brutto	4,7	6,1	8,2	9,2	10,0
Netto	3,3	5,1	6,4	8,0	9,9
ČSFR					
Brutto	5,6	6,7	7,3	7,9	8,1
Netto	4,4	5,1	5,6	5,7	6,6
Polen					
Brutto	33,5	39,2	39,2	40,8	47,0
Netto	31,8	36,2	35,6	36,9	38,9
Rumänien					
Brutto	6,4	5,7	2,9	0,6	1,0
Netto	5,8	4,4	2,1	- 1,3	0,8
Ungarn					
Brutto	16,9	19,6	19,6	20,6	21,3
Netto	14,8	18,1	18,2	19,4	19,8
Osteuropa					
Brutto	67,0	77,3	77,2	79,1	87,4
Netto	59,9	68,8	67,9	68,8	75,9
UdSSR					
Brutto	30,5	40,2	46,8	52,4	52,5
Netto	15,6	26,1	31,4	37,7	47,5
RGW					
Brutto	97,5	117,5	123,9	131,5	139,9
Netto	75,6	94,8	99,4	106,5	123,4
Jugoslawien					
Brutto	19,2	20,5	18,9	17,3	17,3
Netto	16,9	18,2	15,1	10,4	10,5
RGW und Jugoslawien					
Brutto	116,7	138,0	142,8	148,8	157,2
Netto	92,5	113,1	114,5	116,9	133,9

<sup>1)</sup> Vorläufig

## Außenhandel der UdSSR mit Osteuropa und Jugoslawien

Übersicht 4

	1980	1985	1988	1989	1990 <sup>1)</sup>
	Mill. Rubel				
Bulgarien					
Exporte	3 660	6 456	6 094	6 170	4 700
Importe	3 439	6 056	6 873	7 307	5 000
Saldo	+ 221	+ 400	- 779	- 1 137	- 300
ČSFR					
Exporte	3 848	6 830	6 385	6 255	5 000
Importe	3 536	6 632	6 817	6 610	5 500
Saldo	+ 112	+ 198	- 432	- 355	- 500
DDR bzw. Ostdeutschland					
Exporte	4 873	7 670	7 193	6 662	4 100
Importe	4 327	7 592	7 024	7 175	7 300
Saldo	+ 546	+ 78	+ 169	- 513	- 3 200
Polen					
Exporte	4 406	6 532	6 298	5 771	4 100
Importe	3 596	5 600	7 109	7 410	6 600
Saldo	+ 810	+ 932	- 811	- 1 639	- 2 500
Rumänien					
Exporte	1 350	1 957	2 344	2 681	2 300
Importe	1 441	2 303	2 431	2 489	1 700
Saldo	- 91	- 346	- 87	+ 193	+ 600
Ungarn					
Exporte	2 982	4 577	4 484	4 188	3 300
Importe	2 757	4 892	4 943	4 813	4 000
Saldo	+ 225	- 315	- 459	- 625	- 700
Osteuropa					
Exporte	20 919	34 022	32 798	31 728	23 500
Importe	19 096	33 075	35 199	35 804	30 100
Saldo	+ 1 823	+ 947	- 2 401	- 4 076	- 6 600
Jugoslawien					
Exporte	2 096	2 723	1 694	1 926	1 700
Importe	1 780	3 367	2 147	2 405	1 900
Saldo	+ 289	- 644	- 453	- 479	- 200
Osteuropa und Jugoslawien					
Exporte	22 988	36 745	34 492	33 654	25 200
Importe	20 876	36 442	37 346	38 210	32 000
Saldo	+ 2 112	+ 303	- 2 854	- 4 556	- 6 800

Q: Vneshnaja torgovlja SSSR; Außenhandel der UdSSR, Moskau; Ekonomika i zhizn, 18. April 1991. Moskau; für Ostdeutschland 1990: Zycle Gospodarctze 3. März 1991. Warschau - <sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis

Länder bereits 1990 vorweggenommen.

1991 wird sich der Schrumpfungsprozeß in der gesamten Region fortsetzen, vor allem weil in den meisten Ländern (mit Ausnahme der UdSSR) der Übergang zur Marktwirtschaft von Stabilisierungsmaßnahmen im Staatshaushalt im monetären Sektor und für Einkommen begleitet ist. Zwar wird der private Sektor weiterhin wachsen, aber die Rezession im staatlichen Sektor nicht ausgleichen können. Verschärft wird die Situation durch den Übergang des Handels mit der UdSSR auf Weltmarktpreise in harten Währungen: Nach dem Importchock wird auch ein „Exportschock“ zu erwarten sein, weil viele osteuropäische Produzenten ihre geschützten Märkte verlieren werden. Für den Ost-West-Handel zeichnet sich insgesamt eine Stagnation ab:

- Die mittel- und osteuropäischen Länder werden einen erheblichen Teil ihrer Hartwährungseinnahmen für Erdölkäufe in OPEC-Ländern und der UdSSR verwenden
- Die Westexporte werden nicht mehr so stark wie 1990 expandieren.
- Schließlich steigt die Unsicherheit der westlichen Banken im Kreditgeschäft mit den Oststaaten trotz finanzieller Unterstützung Polens, Ungarns der ČSFR, Rumäniens und Bulgariens durch den IMF, die Weltbank und die G-24-Gruppe

Hubert Gabrisch

## Landwirtschaft beginnt 1990 zu schrumpfen

Trotz der in einigen Ländern angestrebten antimonopolistischen Politik blieben die Organisationsstrukturen der vorgelagerten Bereiche der Landwirtschaft 1990 praktisch unverändert. So stiegen etwa 1990 im Laufe der Preisliberalisierung die Inputpreise für die Landwirtschaft, gleichzeitig jedoch wurde mit fortgesetztem *Abbau der Subventionen* für Lebensmittel, der Spielraum für die Landwirtschaft, Outputpreise zu erhöhen, trotz zunehmender Preisliberalisierung geringer, da die Kaufkraft der Bevölkerung gesunken ist. Die *Terms of Trade der Agrarbetriebe* verschlechterten sich. Das Interesse an privater Landwirtschaft ist in Osteuropa bis jetzt eher mäßig, vor allem auf-

**Ausgewählte Kennzahlen der Landwirtschaft im RGW und in Jugoslawien**

Übersicht 5

	Ackerland	Brutto-Agrarproduktion		Pflanzenproduktion	Tierproduktion
	1989 1 000 ha	1989	1990	1990	1990
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Bulgarien	3 848	+0,4	-6 <sup>1)</sup>	-10 <sup>1)</sup>	-3 <sup>1)</sup>
ČSFR	4 741	+1,8	-3,7	-1 <sup>1)</sup>	-5 <sup>1)</sup>
DDR bzw. Ostdeutschland	4 676	+1,6			
Polen	14 334	+1,5	+1,4	0,0	-3,2
Rumänien	9 458	-4,3	-3,0		
Ungarn	5 052	-1,3	-7 bis -6	-11 bis -10	-2
Osteuropa	42 109	-0,2	-3,2 <sup>2)</sup>		
UdSSR	226 103	+1,3	-2,3	-4,3	-0,8
RGW	268 212	+0,8	-2,6 <sup>2)</sup>		
Jugoslawien	14 208	+5,0	-7,0		

<sup>1)</sup> Eigene Schätzung — <sup>2)</sup> Ohne Ostdeutschland

grund des Mangels an Kapital, Know-how und auch an Risikobereitschaft sowie der unklaren Eigentumsverhältnisse

Die *Brutto-Agrarproduktion* sank 1990 in allen Ländern. Die Pflanzenproduktion ging insgesamt deutlicher zurück als die tierische Produktion

dings zählen die gesamten Verluste in der sowjetischen Getreidewirtschaft (-25% bis -30%) zu den höchsten im RGW-Raum

Auch 1990 blieb die UdSSR der größte Agrarimporteur der Welt. Ihre *Einfuhr von Getreide* (32 Mill t) und Zucker (3,8 Mill t) sank leicht jene von Fleisch stieg stark (auf etwa 1 Mill t) Die Getreideimporte der osteuropäischen Länder nahmen 1990 von rund 7 Mill t auf weniger als 5 Mill t ab Trotz der gedrosselten Agrarproduktion blieben Bulgarien und Ungarn 1990 *Netto-Agrarexporteur*, auch Polen konnte seine Position als Agrarexporteur behaupten. Neben der ČSFR und Ostdeutschland, den traditionellen Agrarimportländern, führten Rumänien und Jugoslawien erstmals Agrarprodukte ein

*Tempo und Ausmaß des Transformationsprozesses* in der osteuropäischen Landwirtschaft hängen von den politischen Veränderungen, dem aktuellen Zustand der Landwirtschaft sowie dem finanziellen Hintergrund der einzelnen Länder ab So wird der Prozeß der Anpassung an das westliche Agrarsystem in Ostdeutschland wahrscheinlich am raschesten fort-

schreiten. Nur in der privat organisierten Landwirtschaft Polens und Jugoslawiens ist ein Konzentrationsprozeß zu erwarten, da die Hofgröße im Durchschnitt zu gering ist (unter 5 ha) um einen effizienten Einsatz der Agrartechnik zu ermöglichen. In allen anderen osteuropäischen Ländern ist eine Teilung der derzeit zu großen Agrarbetriebe in kleinere Wirtschaftssubjekte zu erwarten

Im Zuge der Entstaatlichung ist die Herausbildung verschiedener *Eigentumsformen* vorstellbar Eine besondere Bedeutung wird dabei echten landwirtschaftlichen Genossenschaften zukommen, die früher vom Staat geleitet — in eine Form des Raiffeisentyps umgewandelt werden müssen. Damit könnten die Kosten des Übergangs zu einem neuen Agrarsystem begrenzt werden.

Bei der *Bildung des neuen Agrarsystems* in Osteuropa sollten die Wirtschaftsstrategen der einzelnen Länder beachten, daß der Agrarmarkt auch in den westeuropäischen Ländern nicht vollkommen frei ist, sondern durch bedeutende Eingriffe des Staates in die Landwirtschaft und die Vermarktung ihrer Produkte (Agrarsubventionen, Protektionismus usw.) gestützt wird.

*Der fortgesetzte Abbau der Agrarsubventionen* einerseits sowie die in der Übergangsperiode zur Marktwirtschaft sinkende Nachfrage der Bevölkerung nach Lebensmitteln andererseits werden 1991 in den früheren RGW-Ländern wahrscheinlich eine Abnahme der Agrarproduktion bewirken Der Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung wird sich vor allem in einem rückläufigen Verbrauch an teurerem Fleisch niederschlagen, statt dessen werden billigere Lebensmittel (Mehl, Zucker, Kartoffeln) stärker nachgefragt

In einigen Ländern könnte dies einen kurzfristigen *Überschuß an Fleisch* verursachen. Wegen der erwarteten Abnahme der Tierproduktion dürfte in der zweiten Hälfte 1991 die Nachfrage nach Futtergetreide leicht zurückgehen. So ist 1991 bei durchschnittlichen Witterungsbedingungen in Osteuropa ein leichter Anstieg des Fleischexports einerseits und in Osteuropa bzw. in der UdSSR ein mäßiger Importrückgang für Futtergetreide zu erwarten

**Die Situation in der RGW-Landwirtschaft hat sich 1990 verschlechtert. Bis jetzt blieb das Interesse für die private Landwirtschaft begrenzt. 1990 sank die Agrarproduktion in allen Ländern. Die Getreideimporte nahmen leicht ab. Wie die Transformation der RGW-Landwirtschaft in das neue Agrarsystem vollzogen wird, ist noch unklar.**

Die größten Einbußen (-3% bis -7%) mußten die Länder des Donauraums (Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien) hinnehmen, die unter Trockenheit litten. Der Zuwachs der *Getreideproduktion* im RGW (+6%) auf 308 Mill t ist insbesondere auf die gute Ernte in der UdSSR (218 Mill t) zurückzuführen Aller-

**Getreideproduktion<sup>1)</sup> im RGW und in Jugoslawien**

Übersicht 6

	Ø 1981/ 1985	Ø 1986/ 1990	1988	1989	1990 <sup>2)</sup>	1989/90 Veränderung in %
	Mill t					
Bulgarien	8,3	8,4	7,9	9,8	8,4	-14
ČSFR	11,1	11,9	12,1	12,2	12,2	± 0
DDR bzw. Ostdeutschland	10,5	11,1	9,9	10,9	11,8	+ 8
Polen	22,5	26,6	25,1	27,6	28,0	+ 1
Rumänien	21,9	19,7	19,2	18,2	17,2 <sup>3)</sup>	- 5
Ungarn	14,6	14,3	15,0	15,5	12,0 <sup>3)</sup>	-23
Osteuropa	88,9	92,0	89,2	94,2	89,6	- 5
UdSSR	168,7	196,5	180,2	196,7	218,0	+11
RGW	257,6	288,5	269,4	290,9	307,6	+ 6
Jugoslawien	16,7	15,7	15,0	16,1	14,1	-12

<sup>1)</sup> Einschließlich Hülsenfrüchte — <sup>2)</sup> Vorläufig — <sup>3)</sup> Eigene Schätzung

Zdenek Lukas

Interne und externe Faktoren verschlechterten 1990 die Wirtschaft Bulgariens bis an den Rand einer Krise. Ein Produktionsrückgang von 11% bis 17% (bulgarische Angaben) ging Hand

**1990/91 Verfall der Wirtschaft Bulgariens und späte Schocktherapie**

in Hand mit eskalierenden Ungleichgewichten. Die Kommunistische — seit April „Sozialistische“ — Partei stellte 1990 drei Alleinregierungen und nach den ersten freien Wahlen im Juni die absolute parlamentarische Mehrheit. Dies und politische Auseinandersetzungen mit der erstarkenden Opposition verhinderten nennenswerte Schritte in Richtung Marktwirtschaft und Stabilisierungspolitik, welche an Stelle des zerfallenden Kommandosystems hätten treten können. Außenwirtschaftlich geriet das Land durch die einseitige Einstellung der Schuldendienstzahlungen an den We-

**Durch anhaltende politische Konfrontationen, die eine wirksame Übergangspolitik verhinderten, den beginnenden Zerfall des RGW, das Schuldenmoratorium gegenüber dem Westen und die Einhaltung des Handelsembargos gegenüber dem Irak spitzte sich die Wirtschaftskrise 1990 zu. Anfang 1991 leitete die erste Mehrparteienregierung in Absprache mit dem IMF eine Schocktherapie ein, die von äußerst ungünstigen außenwirtschaftlichen und innenpolitisch labilen Bedingungen begleitet wird.**

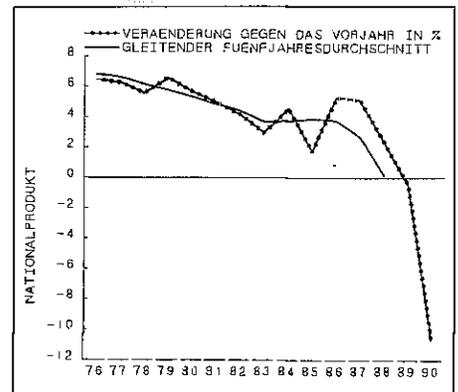
sten, die beginnende Auflösung des RGW, gekürzte Lieferungen der UdSSR und durch die Golfkrise erheblich unter Druck.

Da das beibehaltene Wirtschaftssystem nach wie vor auf eine angebotsbestimmte Weise wirkte, war ein *Mangel an Inputs*, bedingt durch rückläufige Importe und den Zerfall zwischenbetrieblicher Beziehungen, ausschlaggebend für die Rezession des Jahres 1990. Verstärkt wurde sie durch störungsbedingte Produktionsausfälle, Streikwellen und sinkende Arbeitsmotivation, vereinzelt Produktionsstilllegungen sowie den Verlust von Absatzmärkten. Zum Jahresende betrug die registrierte Arbeitslosenquote etwa 2%.

Der Rückgang der *Industrieproduktion* um mindestens 13% konzentrierte sich auf import- und energieabhängige Branchen wie Maschinenbau und Metallverarbeitung (einschließlich Elektrotechnik und Elektronik), Chemie und Erdölverarbeitung, Eisenmetallurgie und auch bedingt durch die schwache Agrarproduktion Nahrungs- und Genußmittel. Angesichts des hohen spezifischen Verbrauchs und niedrigen Selbstversorgungsgrades mit Energieträgern wirkten sich Ausfälle in der Stromerzeugung sowie das Ausbleiben von Erdöllieferungen aus der UdSSR (7,8 Mill. t statt der erwarteten 11,6 Mill. t) und dem Irak in der zweiten Jahreshälfte kritisch auf die Wirtschaft aus. Schon im Sommer wurde immer wieder der Strom abgeschaltet, einer Verdoppelung der Benzinpreise folgten Rationierung und zeitweise Einstellung der Benzinverkäufe im Winter.

Trotz einer Reihe spezifischer Entlastungsmaßnahmen ging die *Agrarproduktion* laut Schätzungen um 6% zurück, davon die Tierproduktion um 3%, die Pflanzenproduktion um 10%. Durch akute Futtermittelengpässe sind die Tierbestände gefährdet. Lücken in der Versorgung mit (importierten) Vorleistungen und Energie und eine neuerliche Durrepe-

**Wirtschaftsentwicklung in Bulgarien** *Abbildung 3*



riode trugen zu dem Produktionsrückgang ebenso bei wie erhebliche Verzögerungen in der Verabschiedung des umstrittenen neuen Bodengesetzes. Seit Herbst 1990 unterliegen Agrarexporte zugunsten der heimischen Versorgung strengen Beschränkungen.

Den Zusammenbruch der *Konsumgüterversorgung* — selbst Grundnahrungsmittel wurden zunehmend rationiert — beschleunigten auch Inflationserwartungen, die zu einem Zurückhalten bzw. Umlenken von Waren auf den florierenden Privat- und Schwarzmarkt sowie zu Hortungskäufen führten. Offiziell betrug die *Inflationsrate* zwischen Mai und Dezember 1990 64%, sie stieg jedoch

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Bulgariens** *Übersicht 7*

	1986	1987	1988	1989 <sup>1)</sup>	1990 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt					
Produziert	+ 53	+ 51	+ 24	- 0,4	- 11 <sup>2)</sup>
Verwendet	+ 84	+ 0,4	+ 37	- 5,5	
Industrie <sup>3)</sup>					
Bruttoproduktion	+ 39	+ 38	+ 5,3	+ 2,0	- 13 <sup>2)</sup>
Beschäftigte	+ 13	+ 11	+ 0,9	+ 8,3	
Arbeitsproduktivität	+ 27	+ 26	+ 4,4	- 5,9	
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 117	- 5,1	+ 0,1	+ 0,4	- 6 <sup>4)</sup>
Pflanzenbau	+ 226	- 8,8	- 0,3	+ 4,1	- 10 <sup>4)</sup>
Tierhaltung	+ 37	- 1,9	+ 0,4	- 2,6	- 3 <sup>4)</sup>
Brutto-Anlageinvestitionen <sup>5)</sup>	+ 7,8	+ 7,3	+ 2,4	- 7,7	
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 7,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 9,6	9
Real	+ 3,5	+ 4,0	+ 1,9	+ 0,4	
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell (brutto)	+ 5,2	+ 4,3	+ 7,6	+ 6,0	
Real (netto)	+ 1,0	+ 3,9	+ 5,5	- 1,9	
Realeinkommen pro Kopf	+ 2,8	+ 4,0	+ 3,3	- 2,4	
Einzelhandelspreise	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,4	+ 6,2	+ 83 bis + 100 <sup>6)</sup>
Exporte <sup>5)</sup>					
Insgesamt	- 2,8	+ 3,4	+ 4,5	- 6,3	- 23,2
In die westlichen Industrieländer <sup>7)</sup>	- 20,8	+ 1,1	- 1,1	+ 6,0	- 18,5 <sup>3)</sup>
Importe <sup>5)</sup>					
Insgesamt	+ 2,0	- 2,0	- 1,0	- 9,9	- 20,6
Aus den westlichen Industrieländern <sup>7)</sup>	+ 3,2	- 2,7	- 0,0	- 0,6	- 30,9 <sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Vorläufige Daten. — <sup>2)</sup> Minimum. — <sup>3)</sup> Sozialistische Industrien. — <sup>4)</sup> Schätzung. — <sup>5)</sup> Zu laufenden Preisen. — <sup>6)</sup> Dezember. — <sup>7)</sup> Auf Valuta-Lewa-Basis. — <sup>8)</sup> Jänner bis November.

von November auf Dezember auf mehr als 10% pro Monat Inflationär wirkten der unkontrollierte Anstieg des Budgetdefizits sowie eine lockere Geld- und Einkommenspolitik

Nominell schrumpfte der gesamte *Außenhandel* um mehr als ein Fünftel (Import -21%, Export -23%) der Handelsbilanzüberschuß sank um mehr als 60% Ausschlaggebend dafür war der Handel mit den RGW-Ländern, auf den ohne Bereinigung der Überbewertung des Transferrubels 80% des Gesamthandels entfallen Gegenüber der UdSSR halbierte sich Bulgariens Handelsbilanzüberschuß auf 1 Mrd Valuta-Lewa (Export -24%, Import -15%) Die Reduzierung des Handelsbilanzdefizits mit den westlichen Industrieländern auf 860 Mill. \$ bei einem Exportrückgang um 13% erfolgte um den Preis einer erzwungenen Importkürzung von 26% (Schätzungen auf Dollarbasis). Bedeutender als die Abwertung des Lew im Mai war der - durch das *Schuldenmoratorium* vom März, das im Juli auf Zinszahlungen ausgeweitet wurde - weitestgehend versperrte Zutritt zu westlichen Finanzierungsquellen Die Beteiligung am Handelsembargo der UNO gegenüber dem Irak soll Verluste von 1,4 Mrd \$ verursacht haben Mit den westlichen Geschäftsbanken, der größten Kreditorengruppe Bulgariens, wurden mangels grundsätzlichen Einvernehmens vier dreimonatige Überbrückungskredite (Laufzeit zuletzt bis Ende März 1991) vereinbart. Die Bruttoverschuldung in konvertiblen Währungen erhöhte sich von 9,2 Mrd. \$ 1989 (revidiert) auf etwa 10 Mrd \$ 1990 (Jahresendwerte) Zur Annäherung an internationale Wirtschafts- und Finanzorganisationen trat Bulgarien im September auch dem IMF und der Weltbank bei

Ende 1990 wurde, als sich die Konflikte zuspitzten, die erste Mehrparteienregierung gebildet, die im Einvernehmen mit dem IMF Anfang 1991 mit der Anwendung einer „*Schocktherapie*“ für die Wirtschaft begann. Sie sieht in zwei Stufen die Verzehnfachung des Refinanzierungszinssatzes auf 45%, umfassende Preisfreigaben mit Anfang Februar eine Kompensation des Preisschocks in den Einkommen von 70% und Maßnahmen zur laufenden Lohnkontrolle sowie Liberalisierungen des Außenhandels- und Devisenregimes vor

Diese Maßnahmen mündeten u. a in eine Preissteigerung von 324% (18. Februar 1991 gegenüber Dezember 1990) und im Rahmen des neu eingeführten einheitlichen und derzeit flexiblen Wechselkurses gegenüber dem Dollar, in eine Abwertung von 7 Lewa je Dollar (Außenhandelskurs) auf 28 Lewa, später in eine „Erholung“ auf 15 Lewa

Da Bulgarien gegenwärtig außerstande ist, seine Auslandsschulden zu bedienen, ist eine Neuordnung der Verschuldung gegenüber westlichen Geschäftsbanken und Regierungen Voraussetzung für die Erschließung der für den Übergang erforderlichen Mittel Der Finanzierungsbedarf für 1991 wird unter äußerst ungünstigen Bedingungen - besonders infolge der Auflösung des RGW und eines beträchtlichen Terms-of-Trade-Schocks gegenüber der UdSSR - auf etwa 4 Mrd. \$ geschätzt War auch eine Vereinbarung mit dem IMF die einzige Option des Landes so bleiben die Gefahr eines Auseinanderbrechens des gesellschaftlichen Konsenses und das Nachhinken von institutionellen und Gesetzesreformen insbesondere angesichts des hohen Konzentrations- und Monopolisierungsgrads des Staatssektors Risikofaktoren des Übergangs

*Ilse Grosser*

**Wirtschaft der ČSFR bereitet sich auf den Schock vor**

Das Jahr 1990 war von den ersten freien Wahlen seit 1946, grundlegenden Veränderungen in der Gesetzgebung sowie von ersten Schritten in Richtung Marktwirtschaft geprägt Das produzierte *Netto-Materialprodukt* sank in der ČSFR 1990 gegenüber dem Vorjahr um 3,1%, seine Verwendung stieg um 1,4% Das *Brutto-Inlandsprodukt* das 1990 erstmals in der tschechoslowakischen Statistik aufschien, ging um 2,5% zurück

Die *Bruttoproduktion der Industrie* sank um 3,7% (zu konstanten Preisen) Die stärksten Rückgänge verzeichneten die Grundstoffindustrie die chemische Industrie (aufgrund des Ausfalls von Erdölimporten aus der UdSSR) sowie die Waffenindustrie (wegen der beabsichtigten Konversion in zivile Industriegüter) Im Gegensatz zur Regierung der

ČSFR will die slowakische Regierung die Konversion wesentlich langsamer durchführen, um eine drohende hohe Arbeitslosigkeit in dieser Region zu vermeiden. Einige Branchen der Leichtindustrie (Glas, Porzellan, Keramik, Druckerei, Holz, Papier) wiesen

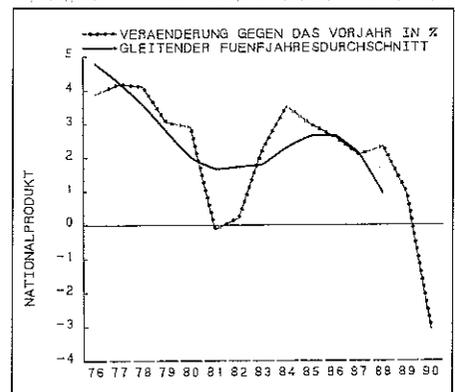
**Die Vorbereitung auf den 1991 erwarteten Wirtschaftsschock schlug sich 1990 in einem leicht rückläufigen Wirtschaftswachstum und in zunehmender Inflation nieder. Die Umorientierung des Außenhandels auf die westlichen Länder hat sich beschleunigt. Diese Tendenzen, begleitet von sinkendem Lebensstandard und steigender Arbeitslosigkeit, werden sich 1991 verstärken.**

insbesondere im 1. Halbjahr 1990 Produktionszuwächse auf Die Bauwirtschaft im Staatssektor produzierte 1990 um 6,6% weniger als 1989

Der Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels verursachte schon 1990 Absatzprobleme der tschechoslowakischen Betriebe die sich in einem beträchtlichen Anstieg der Lager auswirkten. Außerdem wurden Betriebe aufgrund mangelnder Liquiditätsreserven sowie der hohen Zinssätze für Kredite (19% bis 24%) zahlungsunfähig Das übertrug sich in einer Kettenreaktion auf die Gläubiger-Unternehmen Ende 1990 war bereits etwa ein Drittel aller tschechoslowakischen Betriebe zahlungsunfähig Infolge der bisher sehr restriktiven Geld- und Fiskalpolitik besteht nun die Gefahr, daß auch jene Betriebe, deren Wirtschaftssituation stabiler ist in Konkurs gehen könnten

Der *private Sektor* expandierte, al-

**Wirtschaftsentwicklung *Abbildung 4* in der ČSFR**



Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung  
der ČSFR

Übersicht 8

	1987	1988	1989	1990 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Brutto-Nationalprodukt				
Produziert	+ 2,1	+ 2,3	+ 1,0	- 3,1
Verwendet	+ 2,8	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,4
Brutto-Inlandsprodukt				- 2,5
Industrie				
Bruttoproduktion	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,7	- 3,7
Beschäftigte	+ 0,1	+ 0,3	- 0,6	- 3,4
Arbeitsproduktivität	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,3	- 0,3
Landwirtschaft				
Bruttoproduktion	+ 0,9	+ 2,9	+ 1,8	- 3,7
Pflanzenbau	+ 1,8	+ 4,0	+ 1,7	- 1,0 <sup>2)</sup>
Tierhaltung	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,0	- 5,0 <sup>2)</sup>
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 4,4	+ 4,1	+ 1,6	+ 5,7 <sup>2)</sup>
Einzelhandelsumsätze				
Nominell	+ 3,0	+ 4,9	+ 3,7	+ 11,3
Real	+ 2,8	+ 4,8	+ 2,3	+ 1,3
Privater Konsum	+ 2,8	+ 4,9	+ 1,8	+ 1,1
Durchschnittliche Löhne und Gehälter				
Nominell	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 3,8
Real	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,0	- 5,6
Geldeinkommen der Bevölkerung				
Nominell	+ 3,3	+ 4,3	+ 3,3	+ 8,7
Real	+ 3,2	+ 4,1	+ 1,9	- 1,1
Einzelhandelspreise	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,4	+ 10,0
Wohnbau in 1 000 Einheiten	79,6	82,9	88,2	69,4
Exporte <sup>4)</sup>				
Insgesamt	+ 3,4	+ 5,5	+ 1,7	+ 0,8
In die westlichen Industrieländer	+ 2,5	+ 10,5	+ 16,1	+ 31,2 <sup>2)</sup>
Importe <sup>4)</sup>				
Insgesamt	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,5	+ 11,4
Aus den westlichen Industrieländern	+ 8,5	+ 6,8	+ 3,1	+ 51,9 <sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vorläufig — <sup>2)</sup> Schätzung — <sup>3)</sup> Zu laufenden Preisen — <sup>4)</sup> Auf Kronenbasis — <sup>5)</sup> Nichtsozialistische Länder

lerdings von einem sehr niedrigen Niveau aus und war daher von eher geringer Bedeutung. Privatunternehmer konzentrierten sich 1990 besonders auf die Bauwirtschaft, den Dienstleistungssektor (vor allem Einzelhandel und Reisebüros) und auf die Textilproduktion

Die *Brutto-Agrarproduktion* nahm gegenüber 1989 um 3,7% ab. Wegen des drastischen und raschen Abbaus der Agrarsubventionen geriet die Landwirtschaft in eine ernste Krise. Überdies leidet der Agrarsektor darunter, daß die Regierung noch kein Zukunftskonzept vorgelegt hat. Besonders die unklaren Eigentumsverhältnisse wirken sich hier negativ aus.

Die *Bruttoinvestitionen* nahmen zu laufenden Preisen um 5,7% zu. Während die Maschinen- und Anlageinvestitionen um 17,1% stiegen, gingen die Bauinvestitionen um 4,6% zurück. Die *Nettoinvestitionen* nahmen zu konstanten Preisen um 2% ab.

Infolge des Subventionsabbaus und der bereits 1990 begonnenen Preisliberalisierung stiegen das allgemeine Preisniveau und die *Lebenshaltungskosten* um jeweils 10% (Jahresdurchschnitt 1990 gegenüber 1989),

wobei sich die Inflation in der zweiten Hälfte 1990 deutlich beschleunigte. Die *Geldeinkommen* der Bevölkerung sanken im Jahresdurchschnitt 1990 zu konstanten Preisen um 1,1%, die Einzelhandelsumsätze wurden um 1,3% ausgeweitet. Ende 1990 stieg die Arbeitslosenquote auf 1%.

Die *Umorientierung des Außenhandels* auf die westlichen Länder hat sich 1990 beschleunigt. Während im Handel mit den (post-)kommunistischen Ländern die Exporte um 22,5% und die Importe um 15,1% zurückgingen, nahmen im Handel mit den marktorientierten Ländern die Exporte um 31,2% und die Importe um 51,9% zu (zu laufenden Preisen und Wechselkursen). Die *Handelsbilanz* mit beiden Regionen war passiv. Im Laufe des Jahres 1990 wurde die Krone gegenüber dem Dollar dreimal (am 8. Jänner um 18,6%, am 15. Oktober um 54,5% und am 28. Dezember um 17%) abgewertet. Die *Brutto-Hartwährungsverschuldung* erhöhte sich um 0,2 Mrd. \$ auf 8,1 Mrd. \$. Die Zahl der Joint Ventures stieg von etwa 50 (Ende 1989) auf rund 1200 (Ende 1990).

Am 1. Mai 1990 traten *neue Gesetze* für private Unternehmen, Aktien-

gesellschaften, Staatsunternehmen und Joint Ventures sowie das neue Devisengesetz in Kraft. Das Gesetz über die „kleine“ Restitution erlangte am 1. Oktober 1990 Gültigkeit. Danach soll das nach 1955 verstaatlichte Privateigentum den ursprünglichen Eigentümern oder ihren Erben zurückgegeben werden, bzw. sie sollen eine finanzielle Entschädigung erhalten. Im Rahmen des Gesetzes über Kleinprivatisierung (seit 1. Dezember 1990 in Kraft) gilt es insbesondere kleine Gewerbebetriebe und Geschäfte sowohl im Produktions- als auch im Dienstleistungssektor im Rahmen von Auktionen zu privatisieren. Ausländer dürfen offiziell erst an einer zweiten Auktionsrunde teilnehmen. Insgesamt sollen in der gesamten ČSFR im Rahmen der Kleinprivatisierung rund 100 000 Geschäftslokale versteigert werden.

In der Gesetzgebung stehen 1991 folgende Aufgaben im Vordergrund: eine neue Föderative sowie Tschechische und Slowakische Verfassungen, ein Gesetz über die „große“ Restitution, ein Transformationsgesetz über Großprivatisierung und ein Bodengesetz.

Um die große Gefährdung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft durch den Ausfall von Erdöllieferungen aus der UdSSR zu mildern, ist eine *Diversifikation der künftigen Erdölimporte* das wichtigste volkswirtschaftliche Ziel, das jedoch einige Jahre in Anspruch nehmen wird. Falls 1991 die Menge der Erdölimporte das Niveau des Vorjahres hält (13 Mill. t), erwartet die Regierung 1991 einen *Rückgang des BIP* um 5% bis 10%, eine Inflationsrate von etwa 30% und eine Arbeitslosenquote von 5% bis 8%. Nach den Erfahrungen vom Jänner 1991, als sowohl Preise als auch Außenhandel zum großen Teil liberalisiert wurden, scheint insbesondere die angenommene Inflationsrate von 30% für das ganze Jahr 1991 unrealistisch niedrig zu sein. Überdies wird sich der Preisanstieg von Importwaren, ausgelöst durch die Abwertung der Krone und den Importzuschlag von 20% für Konsumgüter erst in den folgenden Monaten voll auswirken. Die *Brutto-Hartwährungsverschuldung* der ČSFR wird 1991 wahrscheinlich auf rund 12 Mrd. \$ anwachsen.

Zdenek Lukas

Der Übergang zu einer Marktwirtschaft in Ostdeutschland vollzieht sich nicht nur durch einen Bruch mit dem institutionellen System des früheren SED-Regimes, sondern zeichnet sich auch durch die Einführung der DM zu einem erheblich überbewerteten Kurs aus. Während alle ost-

**Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland Übersicht 9**

	1989	1990	1990				Veränderung gegen das Vorjahr in %
			I Qu	II Qu	III Qu	IV Qu	
	In 1 000						
Beschäftigte	9 640	8 665	9 348	9 008	8 502	7 802	-18,3
Arbeitslose	0	228	13	83	309	506	
Kurzarbeiter	0	758	0	0	1 295	1 736	
Pendler	0	76	15	27	79	183	
	Mrd DM						
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttolöhne je Beschäftigten	1.057	1.258	1.090	1.196	1.351	1.435	+35 1
BIP	285 7	230 8	66 5	66 3	48 3	499 7	-31,3
BSP	285 7	233 1	66 6	66 5	48 9	51 1	-29,3
Verwendung des BSP	293 3	271 7	69 3	71 1	82 6	68 8	-10 4
Privater Konsum	159 3	170 5	41 8	41 8	41 2	45 7	+ 3 2
Öffentlicher Konsum	67 2	70 7	16 2	17 0	17 9	19 6	+ 8 1
Investitionen	60 7	55 1	12 2	15 4	12 2	15 4	- 7 4
Lagerbestandsveränderung	6 1	- 24 6	- 0 9	- 3 1	- 8 7	- 11 9	
Außenbeitrag <sup>1)</sup>	- 7 7	38 6	- 2 6	- 4 6	- 13 7	- 17 7	-29,3

Q: DIW-Wochenbericht, 1990, (7), S. 55. Alle Wirtschaftsindikatoren zu laufenden Preisen - <sup>1)</sup> In Abgrenzung der Volkseinkommensrechnung einschließlich des innerdeutschen Handels

**Nach Einführung der DM  
Halbierung der Produktion in  
Ostdeutschland**

europäischen Länder der harten Konkurrenz der Weltmärkte mit unterbewerteten Währungen begegnen (müssen), fand in der ehemaligen DDR faktisch eine deutliche Aufwertung statt. Wohl stärkte die Währungsunion die Kaufkraft der ostdeutschen Bürger, die Wettbewerbskraft der Wirtschaft

**Durch die Einführung der DM in Ostdeutschland zu einem erheblich überbewerteten Kurs wurde der Großteil der Betriebe wettbewerbsunfähig. Ein drastischer Rückgang der Produktion und die Verschiebung der Nachfrage auf westliche Güter waren die Folge.**

schrumpft aber. Infolge der dramatischen Verlagerung der Nachfrage von heimischen Waren auf Westprodukte ging die Produktion der Betriebe Ostdeutschlands drastisch zurück.

Um ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen zu können sind die ostdeutschen Unternehmen auf Investitionen und Partnerschaften aus dem Westen angewiesen. Westliche Investoren agieren jedoch recht zö-

gernd: Sie investieren zwar in den Dienstleistungs- und Handelsapparat, ihre Investitionen in produzierende Tätigkeiten blieben bisher allerdings deutlich zurückhaltend. Investitionen sind nicht hinreichend attraktiv: Das Lohnniveau ist gemessen an der Produktivität viel zu hoch, gemessen an den Erwartungen der Bevölkerung Ostdeutschlands, die sich an westlichen Standards orientieren, jedoch zu niedrig. Die Infrastrukturbasis ist nicht vorhanden oder zerrüttet, die Umwelt belastet, Altlasten sind unüberschaubar hoch, die Eigentumsverhältnisse nicht geklärt usw.

Seit der Einführung der Währungsunion am 1. Juli 1990 hat sich der Verbrauch von der Produktion fast völlig abgekoppelt (Übersicht 9). Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung lag das BIP im IV. Quartal um mehr als 30% unter dem Niveau des Vorjahres. Im Gegensatz hierzu stieg der Konsum um 3,2%. Die Investitionen gingen allerdings um 7,4% zurück, und die Lagerbestände waren im IV. Quartal um 12 Mrd. DM niedriger als im Vorjahreszeitraum. Damit öffnete sich schon 1990 die Schere zwischen heimischer Absorption (Konsum, Investitionen einschließlich Lagerbestandsveränderungen) und Produktion. In den folgenden Jahren, die eine Erhöhung des Konsums und ein kräftiges Wachstum der (öffentlich geförderten) Investitionen erwarten lassen, wird sich diese Differenz weiter ver-

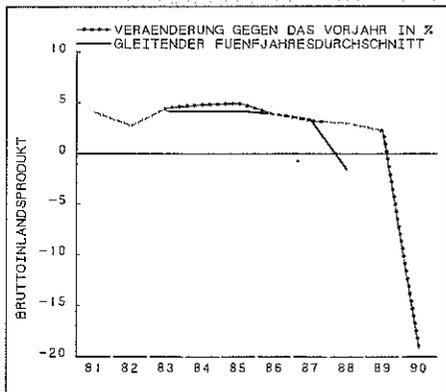
größern und über 100 Mrd. DM pro Jahr betragen<sup>1)</sup>. Mit Ausnahme der Bauindustrie blieb die Nettoproduktion in allen Sektoren der Wirtschaft unter dem Vorjahresniveau.

Die Industrieproduktion fiel im Juli und August 1990 auf die Hälfte des Vorjahreswertes. Nach einer leichten Erholung zwischen September und November sank sie im Dezember erneut um mehr als 10%<sup>2)</sup>. Der Produktionseinbruch erfaßte alle Industriebereiche, am stärksten war bisher die Metallurgie davon betroffen. Mit weiteren Produktionsausfällen, insbesondere im Maschinenbaubereich, ist zu rechnen. Die Lebensmittelindustrie kann nach kräftigen Einbußen bereits auf eine gewisse Stabilisierung hoffen.

Trotz guter Ernteergebnisse ist die Lage der Landwirtschaft nicht besser als die der Industrie. Da die traditionellen Liefer-Absatzbeziehungen abgerissen sind, konnte die Produktion zum Teil nicht abgesetzt und mußte vernichtet werden.

Den Konsum beeinflusste die Währungsunion nicht ungünstig, sondern kurbelte ihn an. Der private Konsum stieg trotz stark rückläufiger Bevölkerungszahlen von 159,3 Mrd. Mark 1989 auf 170 Mrd. DM 1990. Gleichzeitig blieb das durchschnittliche Preisniveau (bei erheblicher Veränderung der relativen Preise) im Jahr der Wiedervereinigung relativ stabil. Als Bedrohung sehen die Bürger Ostdeutschlands allerdings den rasanten

**Wirtschaftsentwicklung - Abbildung 5  
in der DDR**



<sup>1)</sup> WIW-Mitgliederinformation, 1991, (4)

<sup>2)</sup> Deutsche Bundesbank Monatsbericht 1991 (2) S. 36

Anstieg der Arbeitslosigkeit Hatte Ostdeutschland vor der Währungsunion ständig unter Arbeitskräftemangel gelitten, so betrug die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter — letztere sind faktisch arbeitslos — zuletzt bereits über 2,5 Millionen. Mit dem Auslaufen von Kündigungsschutzabkommen und den Massenentlassungen aus dem öffentlichen Dienst wird ein Anstieg bis auf 3,5 bis 4 Mill. Personen befürchtet.

Ein Aufschwung darf realistisch betrachtet nicht vor 1992 erwartet werden. Er kann deutliche Produktivitätsgewinne bringen, doch wird die Lage der Wirtschaft in Ostdeutschland vermutlich weiter durch hohe Massenarbeitslosigkeit bestimmt sein. Deutschland sieht schwierigen Zeiten entgegen.

Raimund Dietz

**Stabilisierungspolitik prägt Polens Wirtschaftsentwicklung**

1990 war in Polen die Produktion aller Sektoren gegenüber dem Vorjahr stark rückläufig. Das Brutto-Inlandsprodukt nahm um 12% ab, das Brutto-Nationaleinkommen um 13%. Insgesamt wurden Ende 1990 1,125 Mill. Arbeitslose registriert; die Arbeitslosenquote betrug 6,1%. Während die staatliche Wirtschaft unter

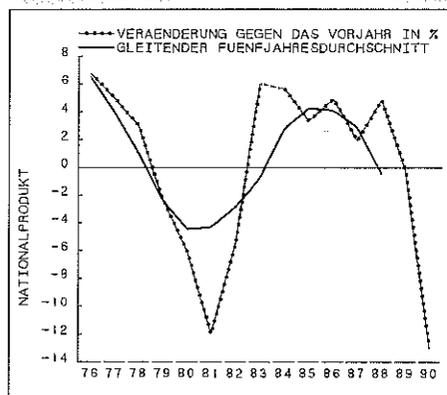
**Die Stabilisierungspolitik führte Polen 1990 in eine tiefe Rezession, die mit noch unvollkommenen Marktstrukturen den Strukturwandel behinderte. Die Fortsetzung dieser Politik im Jahr 1991 unter ungünstigeren externen Voraussetzungen dürfte ein weiteres Schrumpfen wirtschaftlicher Aktivitäten verursachen.**

einem deutlichen Rückgang der privaten und öffentlichen Nachfrage litt, prosperierte der private Sektor hier vor allem aber der Straßenhandel. Außerhalb der Landwirtschaft wuchs der Anteil des privaten Sektors an der Beschäftigung von 12% 1989 auf 15,7% 1990. Die Produktions- und Arbeitsplatzverluste im staatlichen Sektor konnten dadurch aber nicht ausgeglichen werden. Die Zahl der operierenden Joint Ventures mit ausländischem Kapitalanteil stieg auf 1.640. Die Landwirtschaft verzeichnete 1990 mit rund 28 Mill. t Getreide (+3,9%)

erneut ein Rekordergebnis, allerdings sank die Bruttoproduktion aufgrund schlechter Ergebnisse der Produktion tierischer Erzeugnisse und einer schwachen Obsternte.

Nachdem gegen Ende 1989 durch Konsolidierungsmaßnahmen der neuen Regierung ein Großteil des Nachfrageüberschusses abgeschöpft worden war, wurde im Jänner 1990 ein radikales Stabilisierungsprogramm gestartet, um bei einer allgemeinen Freigabe der Preise eine Hyperinflation zu verhindern. Obwohl einige Restriktionen der Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik gegen Mitte des Jahres wieder gelockert wurden, nahm die private Nachfrage bedeutend ab. Die Reallöhne im Staatssektor sanken im Jahresdurchschnitt um 30%, die Anlageinvestitionen um 8%, und der 1989 noch defizitäre Staatshaushalt (Defizitanteil am BIP 8% bis 10%) erreichte einen leichten Überschuss. Der starke Rückgang der Inlandsnachfrage und die Unterbewertung des Zloty im 1. Halbjahr führten andererseits zu einem wachsenden Überschuss in der Handelsbilanz, obwohl — zumindest für den

**Wirtschaftsentwicklung Abbildung 6 in Polen**



Westhandel — ein Defizit erwartet worden war. Die Expansion der Auslandsnachfrage vermochte jedoch nicht zu verhindern, daß die Rezession viel stärker als ursprünglich erwartet ausfiel und auch den Strukturwandel behinderte. Da der Nachfrageausfall die Konsumgüterbranchen besonders traf, wurden die ungünstigen Strukturen der Industrie eher verfestigt. Betriebsstillegungen und Konkurse meldete nur der private Sektor, und hier vor allem Industrie und

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Polens**

Übersicht 10

	1987	1988	1989	1990	1991 Prognose
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt <sup>1)</sup>					
Produziert	+ 19	+ 45	± 00	- 13	- 4 bis - 7
Verwendet	+ 18	+ 47	± 00	- 17	+ 10 0
Industrie <sup>2)</sup>					
Bruttoproduktion	+ 32 <sup>3)</sup>	+ 53 <sup>3)</sup>	- 20	- 25 0	
Beschäftigung	- 07	- 18	- 40		
Arbeitsproduktivität	+ 39	+ 66	+ 12	- 18 6	
Bauwirtschaft <sup>2)</sup>					
Bruttoproduktion	+ 04	+ 60	- 20	- 90	
Beschäftigung	- 12	- 23			
Fertiggestellte Wohnungen	+ 27	- 34	- 27 0		
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	- 23	+ 12	+ 20	- 10	
Pflanzenbau	- 20	- 03	+ 40	00	
Tierhaltung	- 27	+ 32	- 10	- 30	
Brutto-Anlageinvestitionen					
Real	+ 42	+ 54	- 20	- 80	
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 297	+ 661	+ 226 8		
Real	+ 40	+ 30	- 50		
Durchschnittliche Monatslöhne <sup>2)</sup>					
Nominell	+ 21 3	+ 77 5	+ 286 0	+ 375 0	
Real	- 4 0	+ 11 0	+ 12 2	- 30 7	+ 2 <sup>5)</sup>
Geldeinkommen der Bevölkerung					
Nominell	+ 26 8	+ 83 1	+ 265 0	+ 433 6	
Konsumgüterpreise	+ 25 3	+ 61 3	+ 244 0	+ 585 0	+ 24 <sup>6)</sup>
Exporte (zu laufenden Preisen) <sup>1)</sup>					
In konvertibler Währung (Dollar)	+ 87	+ 17 4	+ 1 8	+ 39 0	- 3 0
In die westlichen Industrieländer	+ 24 1	+ 19 6	+ 8 8	+ 30 1 <sup>5)</sup>	
In nicht konvertibler Währung (Rubel)	+ 6 0	+ 9 1	+ 1 7	- 7 0	
Importe (zu laufenden Preisen) <sup>1)</sup>					
In konvertibler Währung (Dollar)	+ 7 5	+ 23 9	+ 9 1	+ 4 2	+ 16 0
Aus den westlichen Industrieländern	+ 16 5	+ 30 2	- 3 0	+ 2 7	
In nicht konvertibler Währung (Rubel)	+ 1 0	- 1 3	- 6 9	- 35 0	

<sup>1)</sup> Netto — <sup>2)</sup> Sozialistischer Sektor — <sup>3)</sup> Industrielle Verkäufe — <sup>4)</sup> fob — <sup>5)</sup> Eigene Schätzung — <sup>6)</sup> Dezember

Handwerk nicht aber der staatliche Sektor, der aufgrund der Unterbewertung des Zloty und hoher Außenhandelsüberschüsse ausreichend zahlungsfähig blieb. Die Unterbewertung des Zloty verringerte auch die Konkurrenz durch den Import. Erst gegen Ende des Jahres wurden fünf größere Staatsunternehmen privatisiert.

Nachdem die Freigabe der Preise unter dem Einfluß der Abwertung des Zloty um 50% gegenüber dem Dollar und der Aufhebung fast aller Preissubventionen im Jänner 1990 zunächst einen Preisanstieg von 80% verursacht hatte, sank die monatliche Inflationsrate bis August auf 1,8%. Die Lockerung der Konsolidierungsmaßnahmen im Juli (u. a. wurden die Lohnbesteuerung und die Kreditzinsen gesenkt und Subventionen an die Landwirtschaft gezahlt) höhere Erdölpreise vor allem aber die Außenhandelsüberschüsse bei sinkender Produktion beschleunigten die Inflation wieder (Oktober bis Dezember 5% bis 6%).

Waren in der ersten Hälfte 1990 die Importe aus Ländern mit *konvertibler Währung* rasch gesunken und die Exporte nur mäßig gestiegen, so expandierten beide im 2. Halbjahr. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Exporteinnahmen um 39% auf 11,9 Mrd. \$, die Importe nahmen um mindestens 4,2% auf 8,1 Mrd. \$ zu. Während in der Ausfuhr keine signifikanten Preisänderungen auftraten, zogen die Importpreise an, sodaß sich die Terms of Trade um 3,2% verschlechterten. Da die hier zitierte polnische Handelsstatistik 1990 noch nicht alle privaten Importe und Exporte erfaßte, letztere aber besonders stark zunahm, fällt der von der polnischen Nationalbank berichtete Handelsbilanzüberschuß in konvertiblen Währungen mit 2,2 Mrd. \$ um rund 1,6 Mrd. \$ niedriger aus als jener der Handelsstatistik — erwartet wurde allerdings ein Defizit von 800 Mill. \$. Die zur Stabilisierungshilfe bereitgestellten Mittel der westlichen Regierungen mußten nicht in Anspruch genommen werden. Die Bruttoverschuldung stieg von 40,8 Mrd. \$ Ende Dezember 1989 auf 46,6 Mrd. \$ Ende Dezember 1990.

Ein unerwartet und auch unerwünscht hoher Überschuß von 4,8 Mrd. Transferrubel entstand im Handel mit dem *nicht-konvertiblen*

*Währungsbereich* und zwar fast ausschließlich im Handel mit der UdSSR. Die Importe nahmen (nach polnischer Statistik) nominell um 35% und real um 34% ab, was im wesentlichen die sowjetischen Lieferausfälle widerspiegelt. Allerdings lieferte die UdSSR zusätzliche Mengen an Erdöl in der zweiten Jahreshälfte gegen harte Währung und zu Weltmarktpreisen. Die Exporte sanken nominell um 7% und real um 10%. Die Bruttoverschuldung in nicht-konvertiblen Währungen betrug Ende des Jahres etwa 5,1 Mrd. Transferrubel.

Obwohl Polen über unerwartet hohe Einnahmen in harten Währungen verfügte, bediente es seine *Schulden* nicht im erforderlichen Umfang. Lediglich 11% des Zinsendienstes wurden geleistet. Statt dessen wurden die ausländischen Währungsreserven um mehr als 4 Mrd. \$ erhöht. Trotzdem verbesserte sich die Kreditwürdigkeit nicht. Polen erhielt 1990 nur 180 Mill. \$ an neuen Krediten, und zwar ausschließlich vom IMF. Unter diesen Umständen stieg die Nettoverschuldung um nur 2 Mrd. \$ auf 38,9 Mrd. \$ (bereinigt um den Dollaraufwertungseffekt wäre sie sogar gesunken).

Das Jahr 1991 wird vor allem unter dem Eindruck externer Schocks stehen. Durch den Übergang zur Hartwährungsverrechnung mit der UdSSR ist mit einem drastischen Anstieg der Importausgaben für Erdöl, mit einem Verlust bisher geschützter Exportmärkte im Osten und möglicherweise mit der Einbuße von Preisvorteilen im Export von rohstoffintensiven Waren (Eisen, Stahl) in den Westen zu rechnen. Im Außenhandel sind daher ein Rückgang des Überschusses im Westhandel, ein großes Defizit im Handel mit der UdSSR und somit ein Defizit von 1,1 Mrd. \$ in der integrierten Handelsbilanz zu erwarten. Angesichts des Preisauftriebs im Inland verstärkte die Regierung im I. Quartal 1991 ihre Stabilisierungsbemühungen wieder. Weitere Subventionskürzungen und Preiserhöhungen sowie eine angestrebte Senkung der Nominallöhne sollen erneut die Reallohne — wahrscheinlich um 20% — herabsetzen. Zwar wird die Privatisierung der Staatsbetriebe 1991 an Dynamik gewinnen, aber noch keine wesentlichen Wachstumsimpulse geben. All diese Umstände dürften einen weiteren

Rückgang des Sozialproduktes bewirken, wenn auch in geringerem Umfang als 1990.

Hubert Gabrisch

#### Rumänien bekennt sich mit Verzögerung zur Marktwirtschaft

Erst Monate nach dem Sturz der Diktatur Ende 1989 wurde in Rumänien ein radikaler Systemwechsel in der Wirtschaft beschlossen. Unter dessen wurde die Krise, verursacht durch eine verfehlte Struktur, ein großes Inflationspotential und geringe Exportkapazität unabwendbar. Im Regierungsprogramm vom 28. Juni 1990 bekannte sich die „Front der Nationalen Rettung“ zu einem Übergang zur Marktwirtschaft binnen zwei Jahren.

**Der Verfall der zentralen Kontrolle verursachte allgemein chaotische Zustände und eine Abnahme der Leistung der Wirtschaft. Im November 1990 brach eine entfesselte Inflation los. Der Umgestaltungsprozeß der rechtlichen Rahmenbedingungen ist im Gange.**

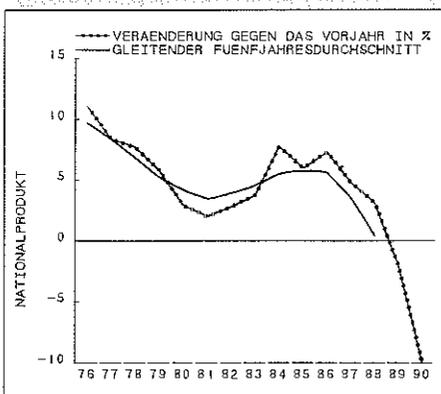
Die immer chaotischeren wirtschaftlichen Prozesse erzwangen im Herbst eine Beschleunigung der *Umgestaltung* sowohl der rechtlichen Rahmenbedingungen als auch der Finanzpolitik. In der Regierung folgten jedoch fortdauernde Auseinandersetzungen über Ausmaß und zeitlichen Ablauf der Preisliberalisierung und der Privatisierung.

Die politische und wirtschaftliche Lockerung Anfang 1990 brachte zunächst einen Leistungsrückgang der Produktion, ein Sinken der Ausfuhr und einen Zuwachs der Einfuhr. Das *Brutto-Inlandsprodukt* fiel 1990 um 10% zurück, die landwirtschaftliche Produktion um 3%, während die Dienstleistungen um 28% stiegen. Im deutlichen Unterschied zur Politik von Ceauşescu wurde das Ziel, den Exportüberschuß zu maximieren, aufgegeben. Verglichen mit dem Vorjahr verringerten sich die Exporte um 42%, und die Importe wurden um 13% ausgeweitet. Während der Export im Ost- und Westhandel gleichmäßig zurückging, wuchs nur der Import in konvertibler Währung. Die Hartwährungsreserven waren noch vor den Wintermo-

naten erschöpft, sodaß keine Möglichkeit blieb, die durch die Golfkrise verteuerten Erdölimporte zu finanzieren. Dies wieder führte im Winter 1990/91 zu drastischen Energiesparmaßnahmen. Am stärksten betroffen waren die Grundstoff- und die chemische Industrie, deren Kapazitäten zur Hälfte stillgelegt wurden. Infolgedessen ist die Industrieproduktion im Jänner 1991 im Vergleich zum Vorjahr um 27% zurückgegangen und schrumpfte somit auf weniger als die Hälfte des Wertes von vor eineinhalb Jahren.

Im staatlich kontrollierten Einzelhandel übertraf der Warenverkehr 1990 das Vorjahresniveau um 13%, und auch die Preisliberalisierung auf den Bauernmärkten trug zu einer besseren Lebensmittelversorgung bei. Da aber das Geldeinkommen der Bevölkerung in den ersten zehn Monaten des Jahres 1990 um 24% stieg, mehrten sich die Mangelerscheinungen. Am 1. November 1990 wurden die meisten Preise in der Industrie freigegeben und gleichzeitig die Subventionierung der Preise von Energieträgern und Elektrizität für die Produktion eingestellt. Der Verbraucher mußte nun zwei- bis dreimal so hohe Preise für Industriewaren zahlen. Die monatliche Preissteigerung betrug im November 23,4%, im Dezember 11,6% und im Jänner 1991 9,3%. Anfang April 1991 wurden auch die staatlichen Lebensmittelpreise verdoppelt. Die fast vollständige Preisliberalisierung ist nicht nur zur Bereinigung der Wirtschaftslage notwendig, sondern sie ist das einfachste Mittel zur Drosselung der Nachfrage. Muß aber gleichzeitig auch die Produktion zurückgehen und der Import gekürzt werden, so vermindert sich die Spannung auf

Wirtschaftsentwicklung Abbildung 7 in Rumänien



Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Rumäniens

Übersicht 11

	1986	1987	1988	1989	1990
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt					
Produziert	+ 7,3	+ 4,8	+ 3,2	- 2,2	- 15
GNP	+ 4,7		+ 3	- 5,8	- 10
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 7,7	+ 4,5	+ 3,6	- 2,1	- 19,8
Beschäftigte	+ 0,3	- 0,1	+ 1,5		
Arbeitsproduktivität	+ 7,4	+ 4,6	+ 2,1	- 4,7	- 21,1
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 12,8	+ 2,3	+ 2,9	- 4,3	+ 3
Pflanzenbau	+ 19,9	- 0,1			
Tierhaltung	+ 2,8	+ 6,2			
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 1,2	+ 0,9	- 1,3	- 1,8	- 35 <sup>1)</sup>
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 2,3	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 13,2
Real	+ 1,4				
Durchschnittliche Löhne und Gehälter <sup>2)</sup>	+ 1,3	+ 0,6	+ 3,3	+ 4,0	+ 50 <sup>3)</sup>
Verbraucherpreise (Einzelhandelspreise)	+ 0,9			+ 1,1	+ 40,5
Wohnbau in 1 000 Einheiten	108	110	104	60,4	48,5
Exporte					
Insgesamt (in Lei)	- 14,5	+ 8,1	+ 10,5		- 42,1
In konvertibler Währung	- 10,6	- 2,4 <sup>3)</sup>		- 8,4	- 42,1
In nicht konvertibler Währung				- 7,3	- 42,0
Importe					
Insgesamt (in Lei)	- 8,2	- 2,3	+ 0,1		+ 12,6
In konvertibler Währung	- 21,2	- 10,9 <sup>3)</sup>		+ 16,1	+ 47,9
In nicht konvertibler Währung				+ 6,8	- 14,7

<sup>1)</sup> Im staatlichen Sektor - <sup>2)</sup> Nominell - <sup>3)</sup> Schätzung

dem Markt kaum. Eine entfesselte Inflation ist nicht zu vermeiden.

Die Liberalisierung der Preise ist nur ein Schritt zur Umgestaltung des Wirtschaftssystems. Die zentrale Planwirtschaft wurde erst mit dem „Umgestaltungsgesetz“ vom 7. August 1990 offiziell abgebaut. Die staatlichen Unternehmen der öffentlichen Dienste und der Energie- und Rohstoffsektor werden zu autonomen Gesellschaften, in anderen Wirtschaftsbereichen zu Kapitalgesellschaften umgestaltet. Ein neues System der Buchführung sowie eine neue Gewinn- und Lohnsteuerberechnung wurden für die Kapitalgesellschaften eingeführt. Die Gründung von privaten Gesellschaften wurde ebenfalls ermöglicht, allerdings arbeiteten die rund 50 000 Privatunternehmen Ende 1990 noch meist als Familienbetriebe. Joint Ventures — Ende 1990 gab es rund 600 — genießen Steuerbegünstigungen, jedoch nur ein Teil des in heimischer Währung erzielten Gewinns darf ausgeführt werden. Ein Privatisierungsgesetz wurde dem Parlament erst im April 1991 vorgelegt, bekannt ist aber, daß 30% der zu begebenden Aktien gratis verteilt werden sollen. Der Grundbesitz der Landesproduktionsgenossenschaften wird den früheren Eigentümern zurückgegeben.

Die Umgestaltung des Bankwe-

sens steht erst an ihrem Anfang, ein künstlich niedrig gehaltenes Zinsniveau wirkt als indirekte Subvention. Die Unternehmen dürfen seit September 1990 ein Drittel, seit Jänner 1991 die Hälfte ihrer Deviseneinkommen zurückbehalten, der Rest ist zum offiziellen Wechselkurs von 35 Lei je Dollar (seit 1. April 1991 60 Lei je Dollar) an den Staat abzuführen.

Rumänien kehrte 1990 weder auf die internationalen Finanzmärkte zurück noch ersuchte es um mittelfristige Finanzhilfen. Das Leistungsbilanzdefizit von 2,5 Mrd \$ wurde aus den Währungsreserven finanziert. Ohne Kredite aus dem Ausland von rund 2,3 Mrd \$ lassen sich die sparsamen Staatshaushaltsvorhaben für 1991 nicht finanzieren. Der IMF ist bereit mit Krediten bis zu 1 Mrd \$ zu helfen, wenn die Reformen weiter laufen.

Gábor Hunya

Rezession, aber Erfolge in Ungarns Außenwirtschaft

Der Handelsbilanzüberschuß von 945 Mill \$ im Handel in konvertiblen Währungen und der Leistungsbilanzüberschuß von 127 Mill \$ geben Zeugnis für einen deutlichen Erfolg der Wirtschaft Ungarns. Diese Ergebnisse überstiegen sogar die optimistischsten Erwartungen von Anfang

1990 Damit und mit dem sehr geringen Budgetdefizit wurden die strengen Vorschriften des IMF sogar überboten

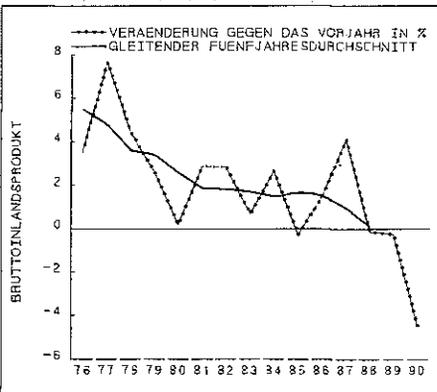
Die aggregierten Wirtschaftsdaten vermitteln einen wesentlich weniger günstigen Eindruck. Ungarns *Brutto-Inlandsprodukt* sank 1990 gegenüber dem Vorjahr um 4% bis 5% *Endverbrauch* und *Brutto-Anlageinvestitionen* waren um 4% bis 6% bzw. 8% bis 10% niedriger als 1989. Das Volumen des *Gesamtexports* ging um 5% zurück, jenes des Gesamtimports um

**1990 erzielte Ungarn einen Überschuß von fast 1 Mrd. \$ im Handel in konvertiblen Währungen. Das Brutto-Inlandsprodukt sank um 4% bis 5%, da der dynamisch expandierende Privatsektor den Rückgang der Leistung der staatlichen Großunternehmen noch nicht kompensieren konnte.**

6% Es muß betont werden, daß der Rückgang der *Produktion* (Industrie -4% bis -6%) auf die schrumpfende Aktivität der *Staatsindustrie* zurückzuführen ist. 1990 expandierte die *Privatwirtschaft* stürmisch, konnte aber die Rezession im Staatssektor nicht ganz kompensieren. Allerdings ist die rückläufige Produktion im Staatssektor nicht unbedingt ein negativer Faktor: Sie ist, wenigstens zum Teil, die unvermeidbare Konsequenz der endlich begonnenen Strukturanpassung. Dank der Aufnahmefähigkeit der rasch expandierenden und arbeitsintensiven Privatunternehmen blieb die *Arbeitslosigkeit* mit einer Arbeitslosenquote von 1,7% niedrig.

Die *Inflation* betrug 28,9%, war also trotz der seit 1988 restriktiven monetären Politik und der 1990 ausge-

**Wirtschaftsentwicklung** *Abbildung 8*  
in Ungarn



**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Ungarns**

Übersicht 12

	1987	1988	1989	1990
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
BIP	+ 41	- 01	- 02	-5 bis -4
Nationaleinkommen				
Produziert	+ 41	- 05	- 11	
Verwendet	+ 30	- 43	- 13	
Materieller Konsum	+ 31	- 29	- 10	
Nettoakkumulation	+ 27	-150	- 36	
Industrie				
Bruttoproduktion	+ 38	+ 02	- 06	- 5
Beschäftigte <sup>1)</sup>	- 25	- 26	- 17	- 8 8
Arbeitsproduktivität <sup>1)</sup>	+ 51	+ 27	+ 07	+ 04
Landwirtschaft				
Bruttoproduktion	- 20	+ 43	- 13	- 7 bis - 6
Pflanzenbau	- 55	+ 75	+ 01	-11 bis -10
Tierhaltung	+ 15	+ 15	- 27	- 2
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 76	- 77	+ 45	- 8 bis - 6
Im sozialistischen Sektor	+110	- 83	+ 39	
Im privaten Sektor	- 83	- 43	+ 78	
Einzelhandelsumsätze <sup>1)</sup>				
Nominell	+136	+ 89	+167	+ 92
Real	+ 53	- 65	- 11	-15 6
Privater Konsum insgesamt	+ 39	- 40	+ 06	
Durchschnittliche Löhne und Gehälter				
Nominell	+ 81	+103	+182	
Real	- 04	+ 49	+ 09	
Realeinkommen pro Kopf	+ 07	- 13	+ 25	
Verbraucherpreise	+ 86	+159	+170	+28 9
Exporte				
Insgesamt nominell <sup>1)</sup>	+ 65	+138	+160	+ 57
In konvertibler Währung <sup>2)</sup>	+148	+300	+237	+25 1
Importe				
Insgesamt nominell <sup>1)</sup>	+ 45	+ 38	+136	+ 41
In konvertibler Währung <sup>2)</sup>	+103	+106	+235	+19 5

<sup>1)</sup> Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten — <sup>2)</sup> Auf Forintbasis

prägten anti-inflationären Wechselkurspolitik der Ungarischen Nationalbank wesentlich höher als 1989 (17%). Hinter der steigenden Inflation stehen verschiedene Faktoren wie der schrittweise Abbau der *Subventionen*, die Auswirkung des enormen *Exportüberschusses* im Handel in konvertiblen Währungen, *Inflationserwartungen* der Bevölkerung und der Unternehmen und schließlich das ungelöste Problem der *erzwungenen Unternehmenskredite*.

1990 hat sich die *geographische Ausrichtung* des ungarischen Außenhandels wesentlich geändert. Erstmals seit Jahrzehnten war nicht mehr die UdSSR wichtigster Handelspartner Ungarns, sondern Deutschland. Der Anteil der *RGW-Länder* am ungarischen Außenhandel sank von rund 40% auf etwa 30% gleichzeitig stieg jener des *OECD-Raums* von 50% auf 60%. Der Export in die *Europäische Gemeinschaft* expandierte besonders dynamisch, um 23% bis 25%. Der Anteil der EG am Außenhandel Ungarns hat bereits rund 35% erreicht.

Auch der *Fremdenverkehr* kann auf gute Ergebnisse im Vorjahr verweisen. Die registrierten Einkommen

des Sektors in konvertiblen Währungen betragen rund 850 Mill. \$ Nach Schätzungen erreichten die Einkommen insgesamt (einschließlich der unregistrierten Einkommen) eine Summe von 2 Mrd. \$ Das bedeutet, daß mehr als 1 Mrd. \$ in die *Schattenwirtschaft* flossen.

Obwohl die *Privatisierung* noch immer nicht voll in Schwung gekommen ist, unterscheidet sich die Unternehmenslandschaft Ungarns heute bereits grundlegend von jener vor einigen Jahren. Die Zahl der *Kapitalgesellschaften* wuchs in den ersten drei Quartalen 1990 um 74% (1989 um 45%), die Zahl der *Kleinunternehmen* (mit weniger als 50 Beschäftigten) um 150%. Der Unterschied zwischen dem Rückgang der staatlichen Großindustrie und der Vitalität der Kleinunternehmen ist auffallend: Die Produktion der Unternehmen mit mehr als 300 Beschäftigten sank um 12%, während der Output der (meist privaten) Kleinunternehmen um 160% expandierte (freilich ist hier auch das niedrigere Ausgangsniveau zu berücksichtigen).

1990 war ein Jahr der *Joint-Venture-Gründungen*. Am Ende des Jahres waren bereits 5 000 operierende

Joint Ventures registriert. Davon wurden mehr als 1.300 mit Partnern aus Deutschland und mehr als 1.000 mit österreichischen Partnern gegründet. Joint Ventures sind besonders aktiv im Außenhandel, 1990 trugen sie rund 20% des ungarischen Außenhandels.

Das Jahr 1991 wird für Ungarn von schicksalhafter Bedeutung sein: Wenn das Land fähig ist, die unmittelbaren Folgen des *Übergangs auf Dollarverrechnung* im Handel mit den RGW-Ländern zu überwinden, ohne seine Kreditwürdigkeit zu verlieren, sind die Aussichten für einen Aufschwung in den nächsten drei Jahren ziemlich günstig. *Externe Quellen* dürften der Ungarischen Regierung erlauben, das *Leistungsbilanzdefizit* von 1,2 Mrd. \$ zu finanzieren. Hier ist vor allem das *dreijährige Rahmenabkommen* mit dem IMF, das Anfang dieses Jahres geschlossen wurde, zu nennen.

Sándor Richter

**Wirtschaft der UdSSR nähert sich dem Kollaps**

Die UdSSR ist 1990 in eine offene Wirtschaftskrise geraten. Nach offiziellen – noch immer ungenügend deflationierten – Angaben sank das *Brutto-Nationalprodukt* um 2%, das produzierte Nationaleinkommen sogar um 4%, die Brutto-Industrieproduktion um 1,2%<sup>3)</sup>. Die Zahl der Beschäftigten nahm leicht ab, offiziell waren rund 2 Mill. Personen arbeitslos (Arbeitslosenquote rund 1,5%). Die *inflationären* Entwicklungen haben sich verstärkt: Die Staatsverschuldung stieg sprunghaft (um 150 Mrd. Rubel auf etwa 50% des BIP), die Geldemission wuchs um 22 bis 25 Mrd. Rubel, die privaten Ersparnisse nahmen im Lauf des Jahres um fast 43 Mrd. Rubel (auf 380,7 Mrd. Rubel) zu und zusätzlich erhöhte sich der Bargeldumlauf um 28 Mrd. Rubel (+27%). Die *Geldeinkommen* der Bevölkerung stiegen nominell um 16,9% (auf 652,5 Mrd. Rubel; der Durchschnittslohn im Staatssektor betrug 270 Rubel pro Monat), dies bewirkte aufgrund des stagnierenden Angebotes (die Produktion von Konsumgütern wuchs nominell um nur 6%) eine wei-

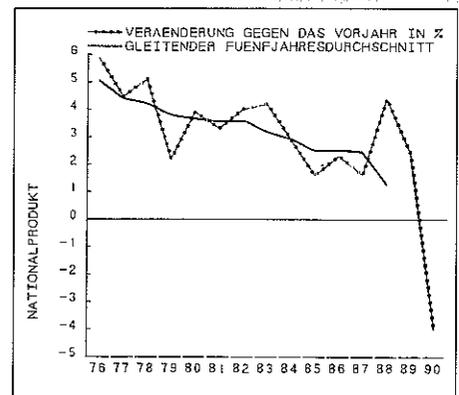
tere Zunahme des *Geldüberhangs*<sup>4)</sup> und breitere *Rationierungen*. Die (noch immer administrativ kontrollierten) Verbraucherpreise nahmen im Jahresdurchschnitt offiziell um 6,8% zu. Die *Inflation* beschleunigte sich allerdings gegen Ende 1990 kräftig (Dezember 1990 gegenüber Jänner 1990 +14%, Preise auf den Kolchosmärkten +50%) Infolge der zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten und der

**Die wirtschaftliche und politische Entwicklung steuert unaufhaltsam auf eine Konfrontation zu. Die Einleitung von Reformen scheitert am mangelnden wirtschaftspolitischen Konsens und setzt außerdem eine Umgestaltung der UdSSR voraus. Der Tiefpunkt der Krise wurde noch nicht erreicht.**

versteckten Inflation dürften die *Realeinkommen der Bevölkerung* 1990 gesunken sein (um schätzungsweise etwa 1% bis 2%)

Der Produktionsrückgang in fast allen Sparten wird teilweise auf Schwierigkeiten in der *Umstellung der Rüstungsbetriebe* auf zivile Produktion zurückgeführt, viel gewichtiger wirkten sich allerdings die rasch fortschreitende Auflösung der alten Kommandostrukturen aus, die noch nicht durch andere marktwirtschaftliche In-

**Wirtschaftsentwicklung Abbildung 9 in der UdSSR**



strumente ersetzt wurden, sowie der Einfluß der wachsenden politischen sowie nationalistischen Spannungen und die Zunahme der Umwelt- und Arbeitskonflikte. Die *Bruttoinvestitionen* – insbesondere die aus zentralen Mitteln finanzierten Vorhaben – wurden 1990 um fast 9% gekürzt. Das hat maßgeblich zu einem besorgniserregenden *Rückgang der Erdölförderung* (um 6% auf 570 Mill. t) beigetragen. Gekoppelt mit der Senkung der Kohlenförderung (um 5% auf 703 Mill. t) dem niedrigem Wachstum der Gasförderung (+2%, auf 815 Mrd. m<sup>3</sup>) und der Stagnation der Elektrizitätserzeugung (1.728 MWh) kam es zu regionalen Versorgungs-

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der UdSSR Übersicht 13**

	1986	1987	1988	1989	1990 <sup>1)</sup>
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationalprodukt					
Produziert	+ 23	+ 16	+ 44	+ 24	- 40
Verwendet	+ 16	+ 07	+ 46	+ 32	+ 00 <sup>2)</sup>
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 44	+ 38	+ 39	+ 17	- 12
Beschäftigte	+ 03	- 03	- 08	- 14	- 20
Arbeitsproduktivität	+ 41	+ 41	+ 47	+ 31	+ 08
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 53	- 06	+ 17	+ 13	- 23
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 84	+ 56	+ 62	+ 47	- 87
Einzelhandelsumsätze <sup>3)</sup>	+ 04	+ 11	+ 69	+ 84	+ 104
Gesellschaftlicher Konsum <sup>3)</sup>	+ 54	+ 50	+ 77	+ 66	+ 104
Durchschnittliche Löhne und Gehälter <sup>3)</sup>	+ 27	+ 30	+ 70	+ 95	+ 123
Realeinkommen pro Kopf	+ 01	+ 09	+ 32	+ 10 <sup>2)</sup>	- 20 <sup>2)</sup>
Einzelhandelspreise	+ 20	+ 10	+ 30	+ 75	+ 100 <sup>2)</sup>
Exporte <sup>4)</sup>					
Insgesamt	- 60	- 01	- 19	+ 24	- 119
In die westlichen Industrieländer	- 294	+ 84	+ 34	+ 118	+ 60
Importe <sup>4)</sup>					
Insgesamt	- 99	- 30	+ 65	+ 109	- 22
Aus den westlichen Industrieländern	- 178	- 126	+ 176	+ 256	- 15

<sup>1)</sup> Vgl. *Ekonomika i Zhizn* 1991 (5) — <sup>2)</sup> Schätzung — <sup>3)</sup> Zu laufenden Preisen — <sup>4)</sup> Auf Rubelbasis

<sup>3)</sup> Damit wurde erstmals in der Geschichte der UdSSR ein Produktionsrückgang gemeldet (zum Bericht über die Wirtschaftsentwicklung 1990 vgl. *Ekonomika i Zhizn*, 1991, (5) S. 9–13)

<sup>4)</sup> Dieser wurde von der EG-Expertengruppe Ende 1990 eher vorsichtig auf etwa 240 Mrd. Rubel (etwa 25% des sowjetischen BIP) geschätzt (vgl. „Stabilization Liberalization and Devolution: Assessment of the Economic Situation and Reform Process in the Soviet Union“ *European Economy* 1990 (45) S. 116–117)

engpässen Vom Rückgang der Erdölproduktion waren 1990 hauptsächlich die Exporte in die RGW-Länder betroffen (laut Schätzung fast -30 Mill t) Der Energieexport in den Westen sowie der Binnenverbrauch wurden aber kaum gesenkt Die Energiesituation wird sich allerdings verschärfen, und eine Entspannung kann mittel- und langfristig nur durch marktwirtschaftliche Reformen (einschließlich westlicher Technologiehilfe) erreicht werden

Der Export profitierte in der zweiten Jahreshälfte 1990 von der Golfkrise, trotz einer Verminderung der Re-Exporte von irakischem Erdöl Die Ausfuhr in den Westen stieg 1990 um 14% die Einfuhr um 6% (nominell, auf Dollarbasis), und das Handelsbilanzdefizit (4,8 Mrd. \$) fiel niedriger aus als erwartet Im Handel mit den Entwicklungsländern wurde der traditionelle Überschuß weiter abgebaut. Die *Bruttoverschuldung* ist nach WIW-Schätzung praktisch konstant geblieben (52,5 Mrd. \$ Ende 1990), die Guthaben der UdSSR bei westlichen Banken wurden allerdings kräftig abgebaut, und die *Nettoverschuldung* stieg um fast 10 Mrd. \$ (auf 47,5 Mrd. \$) 1991 wird eine *Finanzierungslücke* von mindestens 10 Mrd. \$ entstehen Im Handel mit den RGW-Ländern hat die UdSSR - in Erwartung hoher Terms-of-Trade-Gewinne nach der Umstellung auf Verrechnung zu Weltmarktpreisen seit Anfang 1991 - ein Defizit von über 9 Mrd. Rubel bewußt in Kauf genommen (Export -20%, Import -3%).

Kurz- und mittelfristig muß mit einem weiteren *Schrumpfen* der Sowjetwirtschaft gerechnet werden (für 1991 wird ein Rückgang des BIP um schätzungsweise mindestens 5% bis 10% erwartet), da sich die dringend notwendigen Reformen durch politische und nationalistische Machtkämpfe verzögern Eine Einigung über den Vertrag über die Neugestaltung der UdSSR ist noch entfernt, die jüngsten Versuche, die Wirtschaft durch zentral verordnete Maßnahmen zu stabilisieren, haben nur geringe Erfolgchancen da sie einerseits schlecht koordiniert und vorbereitet, andererseits von den einzelnen Republiken zum Teil ignoriert werden Ein Zerfall der UdSSR wird immer wahrscheinlicher da die mangelnde Flexibilität der Unionsregierung die Sezessionstendenzen einzelner Republiken stärkt.

Peter Havlik

**Rezession in Jugoslawien bei kräftigem Anstieg des Imports**

Verstärkt durch nationalistische Spannungen und Separationsbestrebungen einzelner Republiken erreichte die langandauernde Wirtschaftskrise Jugoslawiens 1990 neuerlich einen Höhepunkt Nach ersten Schätzungen

**1990 vertiefte sich die wirtschaftliche und politische Krise Jugoslawiens. Eine Entspannung dürfte erst eintreten, wenn es den Republiken gelingt, einen Konsens über die Neuordnung des Landes zu finden.**

sank das *Sozialprodukt* gegenüber dem Vorjahr um 7% bis 10%, die Produktion der Landwirtschaft ging um 7% zurück und die *Industrieproduktion* nahm gegenüber 1989 um 11% ab Für die rückläufige Entwicklung in der Industrie waren in erster Linie die sinkende Nachfrage auf dem Inlandmarkt sowie eine unzureichende Versorgung mit Rohstoffen und Zwischenprodukten aus dem Import verantwortlich Als weiteres Produktionshemmnis erwiesen sich die beinahe täglichen Streiks mit der Forderung nach höheren Löhnen sowie Lohnnachzahlungen - denn eine große Zahl von Betrieben hatte monatelang keine Löhne gezahlt Die finanzielle Lage der Unternehmen ist mehr als alarmierend: Ende Dezember 1990 liefen gegen 1 659 Betriebe mit 755 000 Beschäftigten Konkursverfahren 1990 ging die Beschäftigung um 2,7% zurück, die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm im Jahresdurchschnitt um 9% auf 1,3 Mill. Personen zu; dies entspricht einer *Arbeitslosenquote* von 16,4%

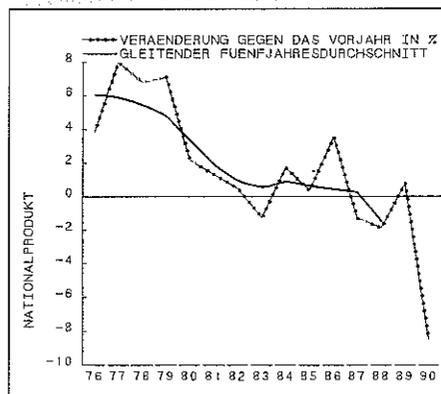
Die *Einzelhandelspreise* stiegen 1990 gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt um 58,8%; zwischen Dezember 1989 und Dezember 1990 wurden Preiserhöhungen von 122% registriert (anlässlich der Einführung des Reformprogramms hatte die Regierung eine Marke von 13% angepeilt) Nach zunächst erfolgreicher Inflationsbekämpfung im 1. Halbjahr setzte im September erneut ein Preisauftrieb ein Ausgelöst wurde er

durch den Druck einzelner Lobbies (insbesondere der Landwirtschaft und des Exportsektors) auf die Regierung und die Nationalbank, die restriktive Geldpolitik zu lockern, um so den Aufkauf der Mais- und Weizenernte und die Subventionierung des Exports sicherzustellen. Aber auch der Anstieg der Energiepreise und die Erhöhung der Lohnkosten nach Aufhebung des Lohnstopps Ende Juni beschleunigten die Inflation.

An dieser Entwicklung scheiterte im September auch die von der Regierung - als Hauptpunkt der Wirtschaftsreform - angestrebte *Konvertibilität* des Dinars Die Spekulationen über eine bevorstehende Abwertung verursachten einen Ansturm auf die Sparguthaben (sowohl in inländischer als auch in Fremdwährung), die Währungsreserven nahmen allein im IV. Quartal um rund 3 Mrd. \$ ab In der Folge wurden Abhebungen von Devisenkonten limitiert und ein Fremdwährungsmaximum je Auslandsreise festgesetzt Diese Regelung machte aber den Zugang zu ausländischer Währung praktisch unmöglich und hob die Konvertibilität des Dinars de facto auf, da die Banken von der Nationalbank nur begrenzt mit Devisen versorgt wurden Am 1. Jänner 1991 wurde der Dinar gegenüber der DM um 22,2% abgewertet und abermals an die DM gekoppelt (9 Dinar je DM) Auf dem wiederbelebten Schwarzmarkt notierte die DM in den ersten Wochen 1991 allerdings um 40% bis 60% über dem offiziellen Kurs Diese Entwicklung zwang die jugoslawische Regierung mit Wirkung vom 20. April 1991 zu einer weiteren Abwertung des Dinars um 30,8% (13 Dinar je DM)

Der *Außenhandel* war 1990 durch ein kräftiges Importwachstum

**Wirtschafts-entwicklung in Jugoslawien** Abbildung 10



Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung  
Jugoslawiens

Übersicht 14

	1987	1988	1989	1990
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Sozialprodukt <sup>1)</sup>	- 11	- 17	+ 06	-7 bis -10
Industrie				
Bruttoproduktion	+ 08	- 07	+ 09	- 10,8
Beschäftigte	+ 31	+ 03	+ 09	- 2,2
Arbeitsproduktivität	- 2,3	- 1,0	± 0,0	- 8,6
Landwirtschaft				
Bruttoproduktion	- 47	- 4,9	+ 5,2	- 7,0
Pflanzenbau	- 11,3	- 5,7	+ 8,8	
Tierhaltung	+ 0,9	- 3,8	- 0,9	- 2,0
Brutto-Anlageinvestitionen				
Real	- 5,1	- 5,8	+ 0,8	- 7,0
Einzelhandelsumsätze				
Nominell	+ 109,0	+ 185,7	+ 1 054,2	+ 526,9
Real	- 2,9	- 3,8	- 13,0	- 7,2
Durchschnittliche Löhne und Gehälter				
Nominell	+ 105,5	+ 171,7	+ 1 566,7	+ 431,0
Real	- 6,7	- 7,8	+ 26,6	- 22,0
Einzelhandelspreise	+ 118,4	+ 198,7	+ 1 255,7	+ 587,6
Exporte				
Insgesamt	+ 6,0	+ 9,5	+ 5,6	+ 7,1
In die westlichen Industrieländer	+ 27,9	+ 13,0	+ 6,2	+ 23,8
In konvertibler Währung	+ 18,0	+ 11,9	+ 9,8	+ 12,0
Importe				
Insgesamt	- 1,5	+ 3,4	+ 11,9	+ 26,2
Aus den westlichen Industrieländern	+ 2,5	+ 1,7	+ 9,3	+ 48,0
In konvertibler Währung	- 1,4	+ 7,1	+ 15,0	+ 37,7

<sup>1)</sup> Jugoslawische Definition

(+26,2% gegenüber 1989) gekennzeichnet, das durch den hohen Grad der Liberalisierung — 95% der Importe waren frei — und den überbewerteten Dinar ermöglicht wurde. Die gesamten Exporte nahmen hingegen nur mäßig zu (+7,1%). Infolge dieser Entwicklung erhöhte sich das gesamte Handelsbilanzdefizit von 1,4 Mrd. \$ 1989 auf 4,6 Mrd. \$ 1990. Die *Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen* wies erstmals nach sieben Jahren ein Defizit von 2,7 Mrd. \$ aus; 1989

war noch ein Überschuss von 2 Mrd. \$ erzielt worden.

Ende Dezember 1990 betrug die *Bruttoverschuldung in konvertiblen Währungen* nach jüngsten offiziellen Angaben 16,5 Mrd. \$, die Hartwährungsreserven lagen bei 6,9 Mrd. \$. Der Schuldendienst für das Jahr 1991 wird mit 4,2 Mrd. \$ beziffert. Allerdings ist fraglich, ob Jugoslawien in der Lage sein wird, die Schulden regulär zu bedienen, da 1991 mit einem beträchtlichen Rückgang der Hart-

währungseinnahmen gerechnet wird. Anfang 1991 trat Jugoslawien in Verhandlungen mit dem IMF über die Bereitstellung eines weiteren Stand-by-Kredits von 1 Mrd. \$, der den Weg für zusätzliche Finanzhilfe (u. a. von der Weltbank, der Europäischen Entwicklungsbank und der EG) ebnen soll. Solange aber die politische Lage des Landes unklar bleibt, besteht wenig Aussicht auf diese Hilfestellung des IMF.

Hauptpunkte des Wirtschaftsprogramms 1991 sind u. a. „Konvertibilität“ des Dinars, Senkung des öffentlichen Konsums, eine restriktive Geldpolitik, Sanierung des Bankensystems (die Verluste der Banken werden auf rund 12 Mrd. \$ geschätzt), Änderung der Eigentumsstrukturen sowie eine aktivere Rolle der Sozialpolitik. Zusätzlich soll laut Gesetz ein Teil der Löhne gesenkt bzw. eingefroren werden.

Insgesamt dürften 1991 Sozialprodukt und Industrieproduktion um 10% bis 15% sinken. Nach letzten Informationen erwartet die jugoslawische Regierung eine Jahresinflationsrate zwischen 60% und 70%, das Leistungsbilanzdefizit wird mit 1,6 Mrd. \$ beziffert.

Angesichts der schweren politischen Krise ist nicht mit einer Durchführung der angekündigten Reformmaßnahmen zu rechnen, da die Republiken nicht bereit sind, die Politik der Zentralregierung (unter Ministerpräsident Ante Markovic) zu unterstützen.

Hermine Vidovic